

Antrag des Landesvorstandes an den 5. Parteitag der WASG Berlin

Programm der WASG Berlin

zur Berliner Abgeordnetenhauswahl am 17.9.2006

Beschlossen auf der Grundlage des Entwurfs der Programmkommission:

Aron Amm, Michael Hammerbacher, Renate Herranen, Carsten Joost, Birger

Scholz

Michael Schilwa, Mathias Stöhr, Rouzbeh Taheri

Inhalt:

DIE MENSCHEN, NICHT DEN HAUSHALT IN DEN MITTELPUNKT!

SOZIALE POLITIK INS ABGEORDNETENHAUS:

WASG WÄHLEN!

3

Wirtschaft und Arbeit in Berlin

6

Arme Hauptstadt eines reichen Landes

6

Sackgasse Standortförderung

7

Weg mit der Zwangsarbeit - soziale Nutzung vorhandener Fördermöglichkeiten

7

Bildung, Kultur und soziale Stadt durch öffentliche Beschäftigung stärken

8

Mindestlohn statt Arbeit zu jedem Preis

10

Öffentliche Aufgaben – öffentlicher Sektor

10

Freiräume schaffen

11

Zukunft des öffentlichen Dienstes

11

Interessen der Beschäftigten verteidigen

12

Repression zurückdrängen

13

Demokratische Reform des öffentlichen Dienstes statt Diktatur des

Sparzwangs

13

Bankenskandal und Sparkasse

14

Armut bekämpfen

15

Hartz IV muss weg

15

Zwangsumzüge verhindern

15

Ein-Euro-Jobs

16

Solidarisch und tolerant im Kiez leben

16

Menschen mit Behinderungen in Berlin

16

Jugendliche unterstützen, begleiten und fördern

17

Drogenpolitik

17

Die WASG fordert:

17

Den Ausverkauf der öffentlichen Daseinsvorsorge stoppen

18

Die Folgen von Privatisierungen

18

Profite oder Daseinsvorsorge - beides geht nicht

19

Einnahmeausfälle für die öffentlichen Haushalte

19

(Teil-)Privatisierungen sind grundsätzlich abzulehnen

20

Für die Rekommunalisierung der Wasserbetriebe

20

Der Senat erpresst die Charité-Beschäftigten

20

BVG-Kostensenkungen als Vorstufe zur Privatisierung

21

51	Gegenwehr stärken	21
52	Kitas und Schulen in Berlin	22
53	Kitas haben einen Bildungsauftrag für alle Kinder	22
54	Eine Schule für alle- Ganztagschule als Regelform für alle Schülerinnen und	
55	Schüler	23
56	Das dreigliedrige Schulsystem fördert die soziale Auslese	23
57	Studieren in Berlin	24
58	Für eine gerechtigkeitsorientierte Kulturpolitik	25
59	Sicher und solidarisch leben	28
60	Migration und Asyl	29
61	Geschlechterdemokratie	30
62	Gleichstellungspolitik	32
63	Vorfahrt für die Umwelt	32
64	Für eine bewohnbare Innenstadt	33
65	Investitionen in die Zukunft	34
66	Mobilität für Alle	34
67	Schluss mit der ständigen Erhöhung der Fahrpreise	34
68	Kein überdimensioniertes Luftdrehkreuz	35
69	Bauen und Wohnen	35
70	Zerschlagung der Kommunalen Wohnungswirtschaft stoppen	36
71	Mietspiegel : Gegen Interessenpolitik zugunsten der Vermieter	36
72	Obdachlose schützen - Obdachlosigkeit bekämpfen	37
73	Parzellen statt Großprojekte	37
74	Mehr Partizipation in der Stadtentwicklung	37
75	Lebensräume statt Konzernkathedralen	37
76	Leerstand bekämpfen	38
77	Kein Berliner Stadtschloss	38
78	Weg mit „Kollhoff-Plan“ und „Planwerk Innenstadt“	38
79	Haushalt und Finanzen	38
80	Ursachen der Haushaltsnotlage	39
81	Kürzungspolitik gefährdet Zukunftsfähigkeit Berlins	40
82	Die Gewerbesteuer muss erhöht werden	40
83	Klage des Senats ist unzureichend und defensiv	41
84	Sanierungskurs wird scheitern	42
85	Kürzungen und Privatisierungen werden fortgesetzt	43
86	Die sozialen Interessen der Berlinerinnen und Berliner in den Mittelpunkt	43
87	Index	45
88		

89

90 **Die Menschen, nicht den Haushalt in den Mittelpunkt!** 91 **Soziale Politik ins Abgeordnetenhaus: WASG wählen!**

92

93 Im Berliner Abgeordnetenhaus gibt es keine reale Opposition. Alle dort
94 vertretenen Parteien sind sich einig: Im Mittelpunkt steht bei ihnen der
95 Haushalt und nicht die sozialen Verhältnisse in der Stadt. SPD, PDS,
96 Grüne, CDU und FDP haben sich der Sparpolitik unterworfen und dabei
97 die Berlinerinnen und Berliner vergessen.

98 Auch der Berliner SPD/PDS-Senat hat in den vergangenen vier Jahren die
99 Hoffnungen auf eine soziale Politik enttäuscht. Er steht wie die
100 Vorgängerregierungen für eine Politik der Sozialkürzungen und der
101 Privatisierung öffentlicher Daseinsfürsorge. Die falsche Leitlinie der
102 Haushaltskonsolidierung hat Berlin zur Armutshauptstadt Deutschlands
103 gemacht.

104 Mit den Doppelhaushalten 2004/05 und 2006/07 kürzte der Berliner
105 Senat bei den Empfängerinnen und Empfängern von Sozialgeld und ALG
106 II, bei Jugendlichen und Behinderten und zerschlug die jahrzehntelang
107 gewachsene Struktur der sozialen Projekte, die so wichtig für den
108 sozialen Zusammenhalt in Berlin sind. Die Privatisierung der
109 Wohnungsbaugesellschaft GSW mit über 65.000 Wohnungen und der
110 Verkauf von rund 50.000 weiteren landeseigenen Wohnungen
111 schwächten die Steuerungsmöglichkeiten bei der Mietentwicklung zu
112 Lasten aller Mieterinnen und Mieter. Die Rekommunalisierung der Berliner
113 Wasserbetriebe wurde vom Senat nicht ernsthaft geprüft – stattdessen
114 werden dem privaten Investor jährlich acht Prozent garantierte Rendite
115 ausgezahlt. Die Berlinerinnen und Berliner zahlen diese durch die hohen
116 Wasserpreise. Die Berliner WASG wird sich für die Rekommunalisierung
117 der Wasserbetriebe einsetzen und die Rücknahme der Kürzungen im
118 Bildungs-, Sozial- und Kulturbereich fordern.

119 Bei der Umsetzung von Hartz IV nutzt der SPD/PDS-Senat den
120 landespolitischen Spielraum nur unzureichend. Das Versprechen von
121 Sozialsenatorin Heidi Knake-Werner (Linkspartei.PDS), es werde in Berlin
122 keine Zwangsumzüge geben, erweist sich als Lüge. Über 34.000
123 Berlinerinnen und Berliner sind momentan in so genannte MAE-
124 Maßnahmen (Ein-Euro-Jobs) beschäftigt. Die Berliner WASG kritisiert
125 zusammen mit den Personalräten, dass reguläre Arbeitsplätze und
126 Arbeitsaufgaben im öffentlichen Dienst durch Ein-Euro-Jobs ersetzt
127 werden. Selbst im PDS-geführten Bezirksamt in Friedrichshain-Kreuzberg
128 werden bei den Grünflächenämtern reguläre Jobs durch MAE-Kräfte
129 übernommen. Im Berliner Abgeordnetenhaus fehlt eine Stimme, die
130 lautstark die unbefristete Übernahme der anfallenden Wohnungskosten
131 von ALG II-Empfängern, das Verbot von Ein-Euro-Jobs im öffentlichen
132 Dienst und einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor zu
133 Tariflöhnen fordert.

134 Berlin verließ unter Rot-Rot als erstes Bundesland den kommunalen
135 Arbeitgeberverband und gilt unter den Bundesländern als Vorreiter für
136 Arbeitszeitverlängerung, Stellenabbau und Lohnkürzungen. Bei den
137 Krankenhausbetrieben Vivantes wurden die Beschäftigten mit der
138 Drohung von Insolvenz zu einem Verzicht von 34 Millionen Euro, als
139 Beitrag zur Sanierung, erpresst und die Gewerkschaft **ver.di** stimmte
140 einem so genannten Notlagentarifvertrag zu.

141 Insgesamt sind bisher rund 4.000 von 17.000 Stellen bei den Kliniken
142 weggefallen. Bei den Berliner Verkehrsbetrieben BVG setzte der Senat
143 eine Tarifabsenkung von über zehn Prozent und den Wegfall von 3.000
144 Vollzeitstellen durch. Dabei wurden in diesem für die Bevölkerung so
145 wichtige Bereich schon in den letzten 15 Jahren 15.000 Arbeitsplätze
146 zusammengestrichen. In den Krankenhäusern der Charité kämpfen die
147 Beschäftigten gegen Lohnkürzungen und Arbeitsplatzabbau; 98 Millionen
148 Euro Landeszuschüsse an die Charité sind gestrichen worden. Vorstand
149 und Aufsichtsrat drohen mit betriebsbedingten Kündigungen, um die
150 Lohnkürzungen zu erpressen. Die WASG Berlin steht bei diesem Konflikt
151 an der Seite der Beschäftigten und fordert die Rücknahme der Kürzungen
152 und der Drohungen gegen die Beschäftigten.

153 Das Argument, die Senatspolitik der Sozialkürzungen und
154 Privatisierungen sei alternativlos, um 35 Milliarden Euro an Bundeshilfen
155 über das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe zu erhalten, teilen wir
156 nicht. Berlin kann sich auch mit 35 Milliarden nicht aus der Haushaltskrise
157 befreien; die Leitlinie der Haushaltskonsolidierung wird daher auch nach
158 einem Karlsruher Urteil zu weiteren Sozialkürzungen, zu Stellenabbau
159 und zu Privatisierungen führen. Die Klage des Senats auf Bundeshilfen ist
160 zu defensiv angelegt, da sie die Verantwortung des Bundes durch die zu
161 schnelle Reduzierung der Bundeshilfen für Berlin in den neunziger Jahren
162 und die teilungsbedingten Belastungen Berlins außer acht läßt.

163 Die Allparteienkoalition und im Abgeordnetenhaus trichtert uns tagtäglich
164 ein: „Berlin ist pleite!“ - und deshalb sei ihre Politik der Kürzungen und
165 Privatisierungen alternativlos. Es ist das Credo aller Neoliberalen dieser
166 Welt: „TINA - There is no alternative“ („Es gibt keine Alternative“).

167 Doch es stimmt nicht. Berlin ist pleite. Aber nicht, weil wir nach dem
168 Geschmack derer, die uns regieren, den Gürtel immer noch nicht eng
169 genug geschnallt haben. Der Berliner Haushaltsnotstand ist auch die
170 Folge der rot-grünen und nun schwarz-roten Umverteilungspolitik von
171 unten nach oben im Bund, die die Finanzen der Länder und Kommunen
172 dramatisch geschwächt hat. „Wir“ sind nämlich durchaus nicht pleite. Das
173 Vermögen der 100 reichsten Privatpersonen und Familien liegt zurzeit bei
174 330 Milliarden Euro - das ist fast ein Viertel der Gesamt-
175 Staatsverschuldung.

176 Allein das private Geldvermögen in Deutschland hat sich von 1990 bis
177 2000 verdoppelt und liegt derzeit bei 4,34 Billionen Euro. Die Gesamt-
178 Staatsverschuldung in Deutschland beträgt aktuell 1,483 Billionen Euro.
179 Das bedeutet: Wenn es gelänge, mit einem „Notopfer Haushalt“ das
180 obere Drittel des Geldvermögens in Deutschland abzuschöpfen, wären
181 Bund, Länder und Kommunen auf einen Schlag schuldenfrei.

182 Aus alledem folgt für uns: Wenn eine soziale und linke Partei auf
183 Landesebene durch ihre Regierungspolitik die Menschen bekämpft, die sie
184 zugleich für ein bundesweite Linke gewinnen will, muss sie aus dieser
185 Regierung raus. Die WASG Berlin tritt weiterhin für die Neuformierung
186 einer bundesweiten Linkspartei unter Einschluss der Linkspartei.PDS,
187 anderer linker und sozialer Kräfte der außerparlamentarischen, sozialen
188 und gewerkschaftlichen Bewegungen ein.

189 Wir zeigen mit unserer eigenständigen Kandidatur zum Berliner
190 Abgeordnetenhaus, dass es sich bei der WASG bundesweit um ein
191 politisch glaubwürdiges Projekt handelt. Im Gründungsprogramm der
192 WASG vom 22. Januar 2005 heißt es: „An einer Regierung in Land oder
193 Bund werden wir uns nur dann beteiligen, wenn dies zu einem

194 grundlegenden Politikwechsel in Richtung unserer Forderungen führt.“
195 Die Kraft eines ehrlichen und solidarischen "Nein", die eine
196 gesellschaftliche Auseinandersetzung erzwingt, ist verantwortlich und
197 konstruktiv. Zur Verantwortung linker Politik in Berlin gehört, dass nicht
198 Lösungskompetenz vorgespiegelt wird, wo herrschende Verhältnisse eine
199 politische, zumal stadtpolitische Lösung gar nicht zu lassen. Eine
200 Übernahme von „Regierungsverantwortung“, wo ein tatsächlicher Einfluss
201 auf die Entwicklung gar nicht besteht, ist in höchstem Maße
202 verantwortungslos. Denn auf diesem Wege wird die Suche nach
203 wirklichen Lösungen blockiert und die Verarmung nicht gemildert,
204 sondern nur regierbar gemacht.“ Wir treten zur Abgeordnetenhauswahl
205 als Opposition an, weil es im Berliner Abgeordnetenhaus keinen Partner
206 für unsere Vorschläge geben wird – alle anderen Parteien halten an der
207 Leitlinie des Kürzens und Privatisierens fest. Der nächste Senat wird wie
208 die vorherigen Regierungen versuchen, unser öffentliches Eigentum
209 verschleudern, die Kosten der Krise auf den Schultern der Erwerbslosen
210 und abhängig Beschäftigten abladen und versuchen, die Löhne der
211 Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu drücken und ihre
212 Arbeitsbedingungen zu verschlechtern.

213 Die Opposition gegen diese Politik, die immer wieder an vielen Stellen
214 entsteht, blieb bisher punktuell und ohne langfristige Perspektive. Die
215 Berliner WASG wird mit Bürgerinitiativen, Gewerkschaften, kritischen
216 Teilen der Kirchen und Verbände nicht nur diskutieren, sondern
217 außerparlamentarische und parlamentarische Auseinandersetzungen in
218 Verbindung bringen, um den sozialen Forderungen mehr Nachdruck und
219 Durchsetzungskraft zu verschaffen. Das Berliner Abgeordnetenhaus muss
220 wieder zu einer Bühne für die politischen, sozialen und kulturellen
221 Bedürfnisse der in Armut getriebenen und durch die Behörden
222 bedrängten Menschen, für Beschäftigte im öffentlichen Dienst und im
223 privaten Sektor, für Migrantinnen und Migranten, für Frauen, für
224 Jugendliche, für Erwerbslose werden.

225 Soziale Opposition im Abgeordnetenhaus heißt für uns:

- 226 • Wir wollen im Berliner Abgeordnetenhaus die für viele Menschen
227 nicht durchschaubaren parlamentarischen Vorgänge verständlicher
228 machen und in die Öffentlichkeit bringen.
- 229 • Wir wollen im Berliner Abgeordnetenhaus die sozialen Initiativen,
230 Verbände und Gewerkschaften stärker an den parlamentarischen
231 Konflikten beteiligen.
- 232 • Wir wollen im Berliner Abgeordnetenhaus Sprachrohr für
233 außerparlamentarische Forderungen werden, diese Forderungen auf
234 die parlamentarische Bühne heben und damit Öffentlichkeit für die
235 Menschen herstellen, denen sonst nicht zugehört wird.
- 236 • Wir wollen im Berliner Abgeordnetenhaus den parlamentarischen
237 und außerparlamentarischen Druck für soziale Politik bündeln und
238 dadurch wechselseitig verstärken.

239 Berlin braucht eine starke außerparlamentarische Opposition und eine
240 starke WASG im Abgeordnetenhaus. Wir sehen uns dabei in gemeinsamer
241 Verantwortung mit der bundesweiten Linken und als Bestandteil der
242 weltweiten Proteste gegen den Neoliberalismus.

243 **Schluss mit Sozialabbau und Privatisierungen! Wählen Sie**
244 **am 17.9.2006 die WASG Berlin mit einer starken Fraktion**
245 **für soziale Politik in das Abgeordnetenhaus!**

247 ***Wirtschaft und Arbeit in Berlin***

248 **Arme Hauptstadt eines reichen Landes**

249 Im Herbst 2005 kam die amtliche Bestätigung, dass alle Widersprüche
 250 der deutschen Vereinigung in Berlin kulminieren. Die Stadt wies die
 251 höchste Arbeitslosenrate aller Bundesländer aus, im Oktober 2005 waren
 252 18,1 Prozent der zivilen Erwerbspersonen als arbeitslos registriert:
 253 304.000 Menschen. Seitdem konkurriert Berlin mit Sachsen-Anhalt und
 254 Mecklenburg-Vorpommern um die „Rote Laterne“. In diesem Wettlauf
 255 schlägt sich einerseits eine gewisse Stabilisierung in anderen
 256 ostdeutschen Ländern nieder, andererseits die ungebrochene
 257 Beschäftigungskrise in der Hauptstadt. Politisch und juristisch ist Berlin
 258 zwar Hauptstadt der gesamten Bundesrepublik, sozial und ökonomisch
 259 aber tatsächlich die Hauptstadt Ostdeutschlands. Trotz einiger
 260 Sonderfaktoren (Bundesbehörden, Tourismus) sind für die wirtschaftliche
 261 Lage seit 1990 Deindustrialisierung und Stagnation entscheidend. Nach
 262 kurzen Illusionen im Vereinigungsboom hat auch Westberlin den
 263 Niedergang geteilt. Nur durch eine neue Perspektive und
 264 Zukunftsinvestitionen für die ganze Region kann die soziale Lage in Berlin
 265 verbessert werden.

266 Bei einer Bevölkerung von knapp 3,4 Millionen gab es in Berlin im Jahr
 267 2004 1,53 Millionen Erwerbstätige. In den neunziger Jahren kamen und
 268 gingen verschiedene Visionen Berlins – als „Ost-West-Drehscheibe“ oder
 269 als „Wissensmetropole“. Tatsächlich nahm der Anteil der
 270 Dienstleistungsbereiche - auch der höher bezahlten Finanz- und
 271 Unternehmensdienstleistungen - zu, ohne aber den Abbau der
 272 industriellen Substanz auch nur ansatzweise auffangen zu können. Mit
 273 9,8 Prozent der Erwerbstätigen arbeiten heute im produzierenden
 274 Gewerbe Berlins weniger Menschen als im öffentlichen Dienst. Dennoch
 275 kommen aus diesem Bereich noch 17 Prozent des Berliner
 276 Bruttoinlandsproduktes. Aus eigener Kraft, also auf der Grundlage der
 277 existierenden produktiven Kapazitäten und im Rahmen
 278 marktwirtschaftlicher Umverteilungsprozesse, ist Berlin nicht
 279 reproduktionsfähig und auf öffentliche Unterstützung angewiesen. Die
 280 Frage ist nur, in welchem Umfang und zu welchen Zwecken.

281 Vor 1989 war Berlin ein subventionierter Standort in Ost und West: das
 282 Schaufenster des jeweiligen Weltsystems. In Ostberlin erfolgte der
 283 Abbruch rasch und heftig – die Hauptstadt der DDR wurde abgewickelt,
 284 die Industrie folgte wenige Monate später nach. Dagegen konnten sich
 285 eine Reihe von Westberliner Strukturen bis zur Jahrtausendwende halten.
 286 Nach dem Abbau der Berlin-Zuwendungen bis 1994 blieb dem (West-)Teil
 287 noch eine Chance: Als Brückenkopf des Westens hätte Berlin von einem
 288 Aufschwung in den neuen Ländern profitieren können. Doch dieser
 289 Aufschwung kam nie und ist auch jetzt nicht in Sicht. So hat die
 290 Subventionierung der deutschen Einheit bis Mitte der neunziger Jahre den
 291 Westberliner Hausbesitzern und Immobilienhaien mit einem Bauboom die
 292 letzte Blüte ermöglicht. Danach fehlte die finanzielle Deckung: Die
 293 Beinahe-Pleite der Bankgesellschaft Berlin besiegelte Anfang 2001 das
 294 Ende. Aber die parasitären Elemente der Berliner Ökonomie sind eine
 295 Folge, nicht die Ursache der wirtschaftlichen Situation der Stadt. Eine
 296 Ende von Filz und Korruption löst die Probleme der wirtschaftlichen Basis

297 nicht.

298 **Sackgasse Standortförderung**

299 Der Versuch, dem Verlust von Arbeitsplätzen durch die Förderung von
300 Unternehmensansiedlungen zu begegnen, hat zu keinen nachhaltigen
301 Erfolgen geführt. Auch unabhängig von besonders skandalösen Beispielen
302 wie Samsung oder CNH zeigen schon die monatlichen Arbeitslosenzahlen,
303 dass auf diesem Wege ein Ausweg aus der Massenarbeitslosigkeit nicht
304 zu gewinnen ist. Der Versuch, mit Hochtechnologieclustern einen Ausweg
305 aus der Berliner Krise zu basteln, ist gleich doppelt gescheitert: Weder
306 konnte Berlin mit anderen Entwicklungsräumen Schritt halten, noch die
307 lokale Wirtschaft von einzelnen Entwicklungen profitieren. Die
308 Wirtschaftsförderung läuft Gefahr, zwar keine Kathedralen, aber doch die
309 eine oder andere Hallenkirche in der Wüste zu bauen. Umso bedenklicher
310 ist der hohe Preis, der für diese Förderung gezahlt wird: nicht nur die
311 Aufwendungen der öffentlichen Hand in Euro und Cent, sondern auch die
312 Einschränkung demokratischer Kontrollrechte.

313 Während ALG-II-Bezieher für den Erhalt staatlicher Leistungen eine
314 Durchleuchtung all ihrer finanziellen Verhältnisse dulden sollen, können
315 Firmen in Berlin unter dem Vorwand der Wahrung von
316 Geschäftsgeheimnissen selbst die Abgeordneten des Berliner Parlaments
317 von der Kontrolle der Subventionspraxis des Senats ausschließen.

318 Die WASG fordert, die Subventionspolitik der Kontrolle der gewählten
319 Abgeordneten zu unterstellen und die Förderung regelmäßig auf ihre
320 sozialen Wirkungen hin zu überprüfen.

321 **Weg mit der Zwangsarbeit - soziale Nutzung vorhandener 322 Fördermöglichkeiten**

323 Massenarbeitslosigkeit und Hartz IV haben die Beschäftigten in Berlin in
324 besonderer Weise erpressbar gemacht. Die Annahme einer so genannten
325 Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung (MAE), also eines
326 Ein-Euro-Jobs, kann von der Arbeitsagentur erzwungen werden – ganz
327 gleich, ob die Beschäftigung sinnlos ist oder tarifliche Standards
328 unterbietet. In Berlin gibt es etwa 34.000 MAE. Ungeachtet der
329 Versprechungen auf eine genaue Prüfung des Einsatzes werden vielfach
330 reguläre Jobs ersetzt.

331 Die WASG Berlin lehnt die Ein-Euro-Jobs in jeder Form ab. Insbesondere
332 muss die Erfüllung öffentlicher Aufgaben durch Ein-Euro-Jobber, die in
333 mehreren Bezirken festzustellen ist, beendet werden. Zum Teil ersetzen
334 die Bezirksämter direkt reguläre Stellen im öffentlichen Dienst, zum Teil
335 vermeiden sie damit Neueinstellungen für seit längerem unerledigte
336 Aufgaben.

337 Die Folgen des erhöhten Konkurrenzdrucks auf dem Arbeitsmarkt sind
338 seit Jahren spürbar. Das Statistische Landesamt berichtet schon über das
339 Jahr 2004: „Die Lohn- und Gehaltsentwicklung stagnierte oder war
340 rückläufig in den Bereichen, in denen ohnehin schon am wenigsten
341 verdient wurde“ – im Gaststättengewerbe (durchschnittlich 14.066 Euro
342 brutto), im Land- und Forstgewerbe (12.865 Euro), im Baugewerbe
343 (22.927 Euro). Nach neoliberaler Marktweisheit müsste ein Sinken der
344 Löhne eine Steigerung der Nachfrage nach Arbeit auslösen. Davon ist
345 nichts zu sehen. Die Klagen der Unternehmer über zu hohe Löhne
346 verstummen dennoch nicht – der Appetit kommt beim Essen.

347 Trotzdem bieten fast alle Parteien zur so genannten Integration von

348 Langzeitarbeitslosen Kombilohnmodelle an: Ein Teil der Lohnkosten soll
349 vom Staat übernommen werden. Damit sollen „Anreize zur
350 Beschäftigung“ entstehen: ein wenig mehr als Hartz IV für die
351 Beschäftigten – und billige Arbeitskräfte für die Unternehmen.
352 Alle im Berliner Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien beteiligen sich an
353 diesem Modellwettbewerb. So sollen durch einen Freibetrag
354 Geringverdiener und ihre „Arbeitgeber“ bei den Sozialabgaben entlastet
355 werden, um Beschäftigung im Niedriglohnbereich für Langzeitarbeitslose
356 und gering Qualifizierte zu fördern. Weiterhin sollen in einem
357 Modellversuch „Arbeitsgelegenheiten mit Entgelt“ geschaffen werden, die
358 weder an tarifliche oder Mindestlohnstandards gebunden sind. Die
359 „Kapitalisierung von Hartz“ mit der gut gemeinten Losung „Arbeit statt
360 Arbeitslosigkeit finanzieren“ ignoriert nicht nur die notwendigen
361 Sachmittel, die für jede wirkliche Arbeit nötig sind. Vor allem werden mit
362 solchen Vorhaben der Dumpingwettbewerb und die Unterbietung von
363 Tarifverträgen staatlich gefördert. Unternehmen werden die öffentliche
364 Förderung einstreichen, Beschäftigung in den Niedriglohnbereich
365 verlagern – und nach Auslaufen der Förderung kommen die Entlassungen
366 und der Kreislauf beginnt von vorn. Und noch nicht einmal bei einer
367 Vollzeitbeschäftigung – wenn es nach dem Linkspartei-Senator Harald
368 Wolf geht – soll ein neuer Anspruch auf Arbeitslosengeld I-Bezug
369 erworben werden können.

370 **Bildung, Kultur und soziale Stadt durch öffentliche** 371 **Beschäftigung stärken**

372 Öffentliche Beschäftigung kann das Problem der Massenarbeitslosigkeit
373 nicht beheben. Dazu ist eine alternative Wirtschaftspolitik auf Bundes-
374 und EU-Ebene in Verbindung mit deutlicher Arbeitszeitverkürzung bei
375 vollem Lohn- und Personalausgleich nötig. Die WASG Berlin unterstützt
376 insbesondere die Forderung der Gewerkschaft **ver.di** nach einem
377 Zukunftsinvestitionsprogramm des Bundes mit einem Volumen von 40
378 Milliarden Euro zur Schaffung von einer Million Jobs.

379 Trotzdem ist auf Landesebene mehr als ein symbolischer Ausbau
380 öffentlicher Beschäftigung notwendig. Wir wollen dort Landesmittel in
381 Beschäftigung investieren, wo der Nutzen für die Berlinerinnen und
382 Berliner am größten ist: in der Bildung, der Kultur und der sozialen
383 Stadtentwicklung.

384 Wir wollen ernst machen mit der Forderung, Berlin zur Stadt des Wissens
385 auszubauen und zugleich die Chancengleichheit stärken. Beides geht nur
386 mit einem Mehr an Förderung und höherem Personaleinsatz, sei es in der
387 Kita, der Grundschule oder der Ganztagschule. Damit alle eine Chance
388 auf Förderung bekommen, müssen die Regelangebote gestärkt und
389 ausgebaut werden. Insbesondere Jugendliche mit Migrationshintergrund
390 bedürfen der Förderung zur Stärkung der Sprachkompetenz.

391 Förderangebote sind nachhaltiger als eine freiwillige Deutschpflicht auf
392 dem Schulhof. Schulen in sozialen Brennpunkten und Quartieren mit
393 hohem Migrationsanteil bedürfen erhöhter Personalmittel.

394 Die WASG fordert ein öffentliches Beschäftigungsprogramm für 10.000
395 neue Arbeitsplätze mit einem Schwerpunkt im Bereich Bildung,
396 Integration und Sprachförderung. Maßstab des Erfolges müssen bessere
397 Ergebnisse im PISA-Test und bei der Sprachstandsmessung sein.

398 Die inhaltliche Ausarbeitung eines solchen Beschäftigungsprogramms darf
399 nicht allein der Senatsverwaltung für Bildung überlassen werden, sondern

400 muss Gewerkschaften, Eltern- und Schülervereine sowie Wissenschaftler
401 einbeziehen.

402 Wir wollen nicht die Arbeitslosenstatistik künstlich nach unten drücken,
403 wie es vielfach Zweck der alten ABM-Programme war, sondern Berlin ein
404 wenig sozialer, lebenswerter und zukunftsfähiger gestalten. Im
405 Gegensatz zu den Ein-Euro-Jobs müssen diese öffentlichen
406 Arbeitsverhältnisse daher die jeweiligen Tarifstandards einhalten. Die
407 Anstellung hat im Regelfall direkt beim Land Berlin zu erfolgen. Dort, wo
408 es sinnvoll ist, können diese Stellen auch bei freien Trägern eingerichtet
409 werden.

410 Nur so kann eine schleichende Vernichtung regulärer Beschäftigung und
411 Aushöhlung der Lohnstandards verhindert werden. Die Folge der
412 Kombilohnmodelle ist dagegen ein perspektivloser staatlich
413 subventionierter Niedriglohnbereich für nichtvermittelbare Arbeitslose. Im
414 Einzelfall mag dies eine Verbesserung sein, gesamtgesellschaftlich wäre
415 dies unverantwortlich und schädlich.

416 Die Umwandlung der Ein-Euro-Jobs in befristete Beschäftigung mit einem
417 Aufschlag von 100 Euro ist nicht mehr als Etikettenschwindel. Auch eine
418 Teilzeitbeschäftigung bisheriger MAE-Kräfte zu tarifären Standards würde
419 daran nichts ändern, da der Nettolohn nur unwesentlich über der
420 bisherigen Grundsicherung liegen würde.

421 Ein Landesprogramm für 10.000 sinnvolle Arbeitsplätze würde das Land
422 ca. 350 Mio. Euro (Personal- und Sachmittel) kosten. Wenn die
423 bisherigen Kosten für das ALG II mitgenutzt würden, könnten mit
424 gleicher Summe sogar ca. 25.000 reguläre Tarifjobs geschaffen werden.
425 Die vorhandenen Finanzmittel zur Sicherung des Lebensunterhalts
426 müssten dazu zusammengeführt werden: Arbeitslosengeld II, Kosten für
427 Unterkunft und Heizung, sonstige Leistungen zur Sicherung des
428 Lebensunterhalts, Kosten für Kranken- und Rentenversicherung, die so
429 genannten Mittel zur Eingliederung in Arbeit (die
430 Mehraufwandsentschädigung, vor allem auch die Trägerpauschale). Wenn
431 zusätzlich die bei einem sozialversicherungspflichtigen
432 Beschäftigungsverhältnis anfallende Lohnsteuer von Bund und Ländern
433 zurückerstattet wird, wäre ein Arbeitgeber-Brutto von etwa 1.400 Euro
434 aufkommensneutral finanzierbar. Das Land hätte die Aufgabe, diesen
435 Betrag auf die Höhe des Tariflohns aufzustocken (mit eigenen
436 Landesmitteln und/oder über bestehende Förderprogramme der
437 Bundesagentur und der EU).

438 Die Beschäftigung müsste zumindest für alle Arbeitnehmer über 55 Jahre
439 unbefristet sein. Aber auch hier gilt: Jede Beschäftigung muss Sinn
440 machen und darf nicht das Ziel haben, die Geschäftsführergehälter der
441 Träger zu finanzieren und die Arbeitslosenquote zu glätten.

442 Vorschläge zur Ko-Finanzierung dieser Stellen über Drittmittel der Träger
443 und Eigenerlöse am Markt sehen wir kritisch. Hier würden die schon
444 vorhandenen negativen Tendenzen der Vernichtung regulärer
445 Beschäftigung durch ein Kombilohnmodell potenziert. Der Anteil von
446 Stellen im Arbeiterinnenbereich darf im Vergleich zur Verteilung der
447 Arbeitslosenquote nicht unterrepräsentiert sein.

448 Auf den Bund und die Bundesagentur muss der nötige politische Druck
449 ausgeübt werden, damit Berlin die vorhandenen Mittel für freiwillige und
450 tarifäre Beschäftigung nutzen kann. Parallel sollte Berlin eine
451 Bundesratsinitiative zur Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen
452 (Änderungen des SGB II) starten. Eine solche Initiative muss auch die

453 Wahlmöglichkeit für Kommunen beinhalten, Ein-Euro-Jobs komplett
454 abzuschaffen.

455 **Mindestlohn statt Arbeit zu jedem Preis**

456 Um den Dumpingwettbewerb zu verhindern und den Beschäftigten aller
457 Branchen ein menschenwürdiges Auskommen zu ermöglichen, kämpft die
458 WASG Berlin für einen gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro die
459 Stunde. Ein solcher Mindestlohn ist nötig, weil in weiten Bereichen die
460 Tarifverträge keine Mindeststandards mehr sichern können und weil
461 durch den zunehmenden Druck auf die Erwerbslosen die Konkurrenz auf
462 dem Arbeitsmarkt weiter erhöht und damit enormer Druck auf die
463 bestehenden Löhne ausgeübt wird. Ein solcher Mindestlohn muss
464 armutsfest sein. Da nicht zu erwarten ist, dass auf Bundesebene in
465 absehbarer Zeit ein solches Gesetz beschlossen wird, treten wir dafür ein,
466 dass auf Landesebene gehandelt wird. Alle rechtlichen Möglichkeiten zu
467 Einführung eines Mindestlohnes sind zu prüfen. Die WASG setzt sich
468 zudem für ein Tariftreuegesetz ein.

469 **Arbeit ist genug für alle da – Arbeitszeitverkürzung jetzt**

470 Während die einen immer länger und intensiver arbeiten – demnächst bis
471 67 – suchen über 300.000 Berliner eine Arbeit. Das liegt nicht daran,
472 dass in Berlin zuwenig zu tun wäre – eine Unmenge Arbeit ist nötig, um
473 das Leben von fast 3,4 Millionen Menschen in der Großstadt überhaupt zu
474 ermöglichen. Aber als Ort der Profiterwirtschaftung ist Berlin zu wenig
475 attraktiv. In einer Gesellschaft, in der nur derjenige zählt, der sich für die
476 Unternehmer rechnet, sind Hunderttausende Berliner „überflüssig“.

477 Die seit Jahrzehnten andauernde Massenarbeitslosigkeit ist nicht durch
478 Niedriglohn, Sozialabbau und Wachstumsversprechen zu bekämpfen. Die
479 WASG Berlin kämpft für eine radikale Arbeitszeitverkürzung auf 30
480 Wochenstunden bei vollem Lohn- und Personalausgleich.

481 Eine deutliche Verkürzung der Arbeitszeit ist nötig, weil nur so das
482 Wachstum der Produktivität für alle abhängig Beschäftigten eingesetzt
483 werden kann. Eine solche Umverteilung von oben nach unten wird auf
484 massiven Widerstand stoßen und kann nur von einer selbstbewussten
485 gesellschaftlichen Bewegung der abhängig Beschäftigten und
486 Erwerbslosen durchgesetzt werden. Wir unterstützen daher die Positionen
487 der Gewerkschaften in tariflichen Auseinandersetzungen, insbesondere
488 bei der Abwehr von Arbeitszeitverlängerungen. Wir wissen, dass die
489 Erfahrung von Arbeitsverdichtung und Einkommenseinbußen viele
490 Beschäftigte gegenüber Arbeitszeitverkürzungen skeptisch gemacht
491 haben. Deshalb muß sich eine radikale Arbeitszeitverkürzung auf
492 erweiterte Rechte der Belegschaften und ihrer Vertretungen in
493 Betriebsräten und Gewerkschaften stützen. Ohne solche Kontroll- und
494 Einflussmöglichkeiten würden weitere Arbeitsverdichtung, Flexibilisierung
495 und das Produktivitätswachstum jede Neuregelung verpuffen lassen:
496 Statt weniger Arbeit für alle gäbe es dann wieder immer mehr Arbeit für
497 immer weniger.

498 **Öffentliche Aufgaben – öffentlicher Sektor**

499 In Anbetracht des Scheiterns einer privatwirtschaftlichen Belebung der
500 Berliner Wirtschaft kommt dem öffentlichen Sektor eine besondere
501 Bedeutung zu. Dabei geht es nicht darum, mit öffentlichen Geldern die
502 Kosten privater Gewinne zu übernehmen. Eine Situation wie im
503 Ausbildungssektor, wo Jahr für Jahr Tausende Jugendliche in

504 perspektivlose Warteschleifen geschickt werden, ist skandalös. Wenn
505 solche Aufgaben von der öffentlichen Hand übernommen werden müssen,
506 dann sollte dies auch mit der nötigen Kontrolle und Konsequenz
507 geschehen. Im Ausbildungssektor bedeutet das: die Organisation
508 vollausbildender Berufsqualifizierungen, wie es von der Gewerkschaft
509 Erziehung und Wissenschaft schon seit langem gefordert wird. Zur
510 Finanzierung sind die Unternehmen durch eine Ausbildungsumlage
511 heranzuziehen. Da auch hier mit einem baldigen Handeln auf
512 Bundesebene nicht zu rechnen ist, sind die Möglichkeiten des Landes zu
513 nutzen.

514 Die Privatisierungen der letzten zehn Jahre haben die Möglichkeiten einer
515 Regulierung von Marktzwängen und der Begrenzung faktischer Monopole
516 deutlich vermindert. Dabei geht es vor allem um die Kosten der Wohnung
517 – um die Mieten und die Preise von Gas, Wasser und Strom.
518 Privatisierungen, die auf der einen Seite mit Gewinngarantien verbunden
519 sind, während zugleich Ersatzinvestitionen ausbleiben, sind ein besonders
520 perverses Beispiel für die langfristigen Schäden der
521 Konsolidierungspolitik.

522 Nur durch Erhalt und Wiederherstellung des öffentlichen Eigentums an
523 den Systemen der Daseinsvorsorge kann die Verarmung der Berliner
524 Bevölkerung begrenzt werden. Das erfordert nicht nur eine Verteidigung
525 der öffentlichen Eigentumstitel, sondern ein reales öffentlich gesteuertes
526 Investitionsprogramm.

527 **Freiräume schaffen**

528 Berlin ist arm, hat aber durchaus ungenutzte Ressourcen, die aus
529 Gründen der Profitverteidigung ungenutzt bleiben. Nach den
530 Berechnungen des Statistischen Landesamtes beträgt der Kapitalstock
531 aller Berliner Wirtschaftsbereiche im Jahr 2002 immerhin 417 Milliarden
532 Euro. Insbesondere der Immobilienleerstand ist eine handgreifliche Folge
533 des Eigentumsmonopols einer Klasse, das gesellschaftlich sinnvoller
534 Nutzung entgegensteht. Aufgabe einer linken, stadtpolitisch
535 verantwortlichen Wirtschaftspolitik ist es dagegen, die vorhandenen
536 öffentlichen Räume, gesellschaftlichen Ressourcen und
537 Einflussmöglichkeiten zu verbinden, um etwa eine Reform des
538 Bildungssystems und eine gesellschaftliche Mobilisierung für eine
539 solidarische Lösung gesellschaftlicher Probleme zu unterstützen.

540 ***Zukunft des öffentlichen Dienstes***

541 Auch wenn sich die Attraktivität des politischen Engagements im
542 Parlament vielfach aus den Möglichkeiten ergibt, das Handeln der
543 Verwaltung zu beeinflussen: öffentlicher Dienst ist mehr als das. Die
544 Krankenschwestern und Feuerwehrleute und Müllmänner, die Erzieher
545 und Lehrerinnen und Busfahrer gehören ebenso dazu. Von der Qualität
546 ihrer Arbeit hängt die Bewohnbarkeit der Stadt entscheidend ab.
547 Reformbedarf gibt es auch hier reichlich, jedoch: Eine linke, eine
548 solidarische Reformpolitik ist jedoch nur möglich, wenn sie von einer
549 breiten gesellschaftlichen Bewegung der abhängig Beschäftigten und
550 Erwerbslosen getragen wird. Das schließt insbesondere die Beschäftigten
551 des öffentlichen Dienstes ein. Denn der öffentliche Dienst soll zwar das
552 Gemeinwohl sichern. Aber was das Gemeinwohl ausmacht, ist nicht
553 immer einfach festzustellen, weil sehr gegensätzliche Interessen von
554 Unternehmern und Beschäftigten diese Gesellschaft prägen. Aufgabe

555 linker Politik ist es, die Bedürfnisse der abhängig Beschäftigten zur
556 Sprache und zur Geltung zu bringen: Das geht nicht stellvertretend,
557 sondern dadurch, dass die Schwachen selbst stärker, und Widerstände
558 aus dem Weg geräumt werden.

559 Eine solche Politik richtet sich gegen die Macht der besitzenden Klassen,
560 die es gewohnt sind, ihre Interessen durch den Staatsapparat absichern
561 zu lassen. Wer mit dieser Tradition brechen will, muss auch auf die
562 Unterstützung der Beschäftigten in den verschiedenen Behörden und
563 Einrichtungen rechnen können. Sonst bleibt der pragmatischste Ansatz
564 im Apparat hängen und wird zum Opfer der Sachzwänge.

565 **Interessen der Beschäftigten verteidigen**

566 Eine solche Unterstützung durch die Beschäftigten des öffentlichen
567 Dienstes wird es nur geben, wenn sie mit ihrem Wissen und ihren
568 Interessen - Entgelt, Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen - in der Konzeption
569 und Realisierung der Reformpolitik Platz finden. Auch für die Erfüllung
570 öffentlicher Aufgaben muß gelten: gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Das
571 heißt: tariflich gesicherte Arbeitsplätze, die an der allgemeinen
572 Einkommensentwicklung teilnehmen. Die Politik des SPD/PDS-Senats
573 geht genau in die andere Richtung. Deshalb fordert die WASG
574 insbesondere die Rückkehr in den Flächentarifvertrag, d.h. mindestens
575 Einführung des Tarifvertrags im öffentlichen Dienst (TVÖD) und die
576 Fortführung der Beschäftigungssicherung.

577 Der Berliner Senat hat Anfang 2003 mit dem Austritt aus dem
578 kommunalen Arbeitgeberverband und dem damit verbundenen Ausstieg
579 aus dem Flächentarifvertrag im öffentlichen Dienst den Startschuss für
580 das Ausscheiden der Länder aus den Tarifverträgen gegeben.

581 Zwar gibt es seit dem Sommer 2003 einen Berliner
582 Anwendungstarifvertrag, aber: - mit dem Anwendungstarifvertrag sinkt
583 nicht nur die Arbeitszeit, sondern auch das Arbeitsentgelt um 8 bis 12
584 Prozent, während die Mieten, Betriebskosten oder die Preise im
585 Supermarkt keinesfalls sinken; - die Verkürzung der Arbeitszeit ist in
586 vielen Bereichen illusorisch, da die Arbeit nicht abnimmt, weiter erledigt
587 werden muss und in der kürzeren Zeit nicht zu schaffen ist, zumal
588 aufgrund der normalen Fluktuation die Beschäftigtenzahl sinkt; - in
589 einigen Bereichen gilt die Arbeitszeitverkürzung gar nicht, so bei den
590 Lehrern, deren Pflichtstundenzahl seit Jahren heraufgesetzt wird, oder de
591 facto nicht, wie in den Kitas; - der Ausschluss betriebsbedingter
592 Kündigungen gilt nur für die Landesbeschäftigten, während die
593 Kürzungen auch auf die so genannten Zuwendungsempfänger (etwa
594 Beschäftigte bei den Wohlfahrtsverbänden) ausgeweitet wurden; - für
595 Ende 2009 wurde die Rückkehr zum Flächentarifvertrag vereinbart -
596 tatsächlich aber werden in der Finanzplanung aber die Einsparungen von
597 offiziell als 250 Millionen Euro jährlich munter fortgeschrieben; -
598 tatsächlich liegen die Einsparungen höher: wegen der Kürzungen bei den
599 Zuwendungsempfängern, den Ersparnissen aus dem bis heute tariflosen
600 Zustand an der Charité, und nicht zuletzt wegen der erfolgreichen
601 Erpressungen bei Vivantes und der BVG.

602 Selbstverständlich unterstützen wir die Forderung der Gewerkschaften
603 nach einer Fortführung bzw. Neuauflage der Vereinbarung zur
604 Beschäftigungssicherung (VBSV), weil diese Regelung die Beschäftigten
605 im öffentlichen Dienst vor Herabgruppierung und möglicher
606 „Wanderarbeit“ im Rahmen des Stellenpools schützt. Wir teilen die Kritik

607 des Hauptpersonalrates an der Einrichtung des Stellenpools. Eine
608 Aufhebung des Einstellungsstopps und die Einrichtung eines
609 Einstellungskorridors sind für uns ebenso selbstverständlich wie die
610 Ablehnung der Verlängerung der Lebensarbeitszeit bei den Berliner
611 Beamten, auch und gerade um einer Überalterung der Beschäftigten
612 vorzubeugen und um jungen, fertig ausgebildeten Menschen eine
613 Perspektive bieten zu können.
614 Alle diese Forderungen sind keine Sonderrechte oder Privilegien, sondern
615 ergeben sich aus den Rechten der Beschäftigten des öffentlichen
616 Dienstes. Es kann nicht sein, dass Verträge mit Unternehmen wie im Fall
617 der Wasserbetriebe für den Senat heilig sind, während Tarifverträge
618 gebrochen werden können. Deshalb werden wir die Beschäftigten, die
619 sich gegen diese Politik wehren, jederzeit unterstützen.

620 **Repression zurückdrängen**

621 Einen bürgernahen öffentlichen Dienst kann es nur geben, wenn die
622 repressiven Momente staatlicher Tätigkeit zurückgedrängt werden. Das
623 ist nur möglich, wenn die Orientierung an den demokratisch
624 ausgehandelten Interessen der Bevölkerungsmehrheit ins Zentrum des
625 öffentlichen Dienstes rückt. Als Reparaturbetrieb gesellschaftlicher
626 Konflikte werden die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zerrieben.
627 Verschlechterung der öffentlichen Leistungen, administrative
628 Beschränkung der Bedürfnisbefriedigung und zunehmende Repression
629 gehören zusammen. Wer die Wohnverhältnisse seiner Mitbürger auf
630 Angemessenheit prüfen oder das Bestehen einer Bedarfsgemeinschaft
631 zum Zwecke der Leistungskürzung feststellen soll, führt in der Regel nur
632 seine Vorschriften aus - und macht sich damit keine Freunde. Nur wenn
633 die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes von der Durchsetzung
634 fragwürdiger Vorschriften gegen ihre Mitbürger entlastet werden, sind sie
635 in der Lage, sich für neue Ideen zu öffnen. Dann hat es auch einen Sinn,
636 mehr Multikulti in der Verwaltung zu fördern. Ein Ablehnungsbescheid wie
637 bisher, der nur multikulturell verwandelt auf Türkisch erläutert wird, ist
638 nicht weniger negativ.

639 **Demokratische Reform des öffentlichen Dienstes statt** 640 **Diktatur des Sparzwangs**

641 Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten, weil sie fehlende
642 öffentliche Angebote durch Ausgaben für private Dienstleistungen
643 ausgleichen können: Wer einen Swimmingpool hat, geht seltener in die
644 Schwimmhalle. Wer eine Privatschule finanzieren kann, muß sich nicht
645 um die Lage der öffentlichen Schulbibliotheken sorgen. Um aber den
646 Interessen der Bevölkerungsmehrheit gerecht zu werden, muss die
647 Einschränkung des öffentlichen Dienstes durch fortschreitende
648 Privatisierungen enden. Vielmehr müssen die öffentlichen Aufgaben
649 tatsächlich wieder wahrgenommen werden. Ein Ausbau des öffentlichen
650 Dienstes ist dazu unerlässlich.
651 Nicht nur der Finanzsenator verweist immer wieder stolz auf die
652 Fortschritte beim Personalabbau im öffentlichen Dienst. In den neunziger
653 Jahren, als über 100.000 Arbeitsplätze in der Berliner Industrie beseitigt
654 wurden, strich der Senat weitere 70.000 Arbeitsplätze im öffentlichen
655 Dienst. Und der Abbau geht weiter: Freiwerdende Stellen werden nicht
656 neu besetzt; mit der Übergabe der Kitas an freie Träger wird eine große
657 Gruppe von Beschäftigten aus dem öffentlichen Dienst in den privaten

658 Bereich verlagert.
659 So wie eine solidarische Reformpolitik ohne eine demokratische Öffnung
660 des öffentlichen Dienstes unmöglich ist, so ist eine demokratische Reform
661 des öffentlichen Dienstes unter dem obersten Ziel der Kostensenkung
662 unmöglich. Die Einführung eines einheitlichen Dienstrechts wird auf die
663 Ablehnung der verbeamteten Kolleginnen und Kollegen stoßen, wenn sie
664 befürchten müssen, auf diesem Wege ihren Kündigungsschutz zu
665 verlieren. Eine solche Politik führt vielleicht - nicht einmal immer - zu
666 Ersparnissen, die aber durch eine fortschreitende Entfremdung des
667 öffentlichen Dienstes von der Gesellschaft teuer bezahlt werden.

668 ***Bankenskandal und Sparkasse***

669 Die Übernahme der Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft
670 der Bankgesellschaft in Höhe von 21,6 Milliarden Euro per
671 Landesbürgerschaft bürdete die Kosten der Pleite allein den Berlinerinnen
672 und Berlinern auf. Die privaten Fondszeichner, die übrigen privaten
673 Anteilseigner der Bankgesellschaft, die westdeutschen Großbanken und
674 der Bund (über die Haftung des Bundesaufsichtsamts für das
675 Kreditwesen) wurden an der Sanierung nicht beteiligt.

676 Nach Schätzungen des Finanzsenators wird das Land (neben der
677 Kapitalerhöhung von 1,75 Milliarden Euro in 2001) vermutlich zusätzlich
678 zwischen vier und sechs Milliarden Euro zur Sicherung der Renditen
679 privater Fondszeichner aufbringen. Die Unvermeidlichkeit der
680 Risikoübernahme wurde nie von unabhängiger Seite geprüft und belegt,
681 ebenso wenig wie die Möglichkeit einer kontrollierten Insolvenz zur
682 Minderung der Kosten. Mittlerweile meldete der Verfassungsgerichtshof
683 des Landes Berlin im Urteil zum Volksbegehren der Initiative
684 Bankenskandal erhebliche Zweifel an, ob die unbegrenzte Übernahme
685 von Verbindlichkeiten der Landesbank durch das Land mit der Berliner
686 Verfassung vereinbar ist. Das Risikoübernahmegesetz wiederum ist
687 direkte Folge dieser Norm, nach der alle Kosten angeblich automatisch
688 beim Land landen würden.

689 Das Verbot der zweiten Stufe des Volksbegehrens der Initiative
690 Bankenskandal durch den Senat ist skandalös. Die Folgen dieser
691 Entscheidung und des darauf folgenden Urteils des
692 Verfassungsgerichtshofes sind für die demokratische Kultur der Stadt
693 katastrophal. Den Berliner Bürgerinnen und Bürgern wird damit das
694 fundamentale demokratische Recht geraubt, einen direkten Einfluss auf
695 die Geschicke des Landes zu nehmen, wenn die politische und
696 wirtschaftliche Klasse versagt.

697 Für die Linkspartei.PDS war die Zustimmung zur Risikoübernahme die
698 notwendige Bedingung zum Regierungseintritt. Sie deckt damit die größte
699 Bankenpleite und die korruptive Verwicklung der Berliner SPD und CDU.

700 Zentrale Forderung der Initiative Berliner Bankenskandal war die
701 Nachverhandlung der Fonds. Dies wurde von Seiten des Senats immer als
702 unreal abgetan. Mittlerweile läuft eine solche Nachverhandlung, allerdings
703 unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Eine unabhängige Prüfung, ob die
704 Nachverhandlungen zu Gunsten des Landes verlaufen, ist so nicht
705 möglich. Eine unabhängige Expertenkommission – wie von der Initiative
706 Bankenskandal immer vorgeschlagen – wurde niemals installiert.

707 Mit dem Beschluss zur Risikoübernahme einigten sich SPD und PDS auf
708 den Komplettverkauf der Bankgesellschaft und damit auch der Berliner
709 Sparkasse, obwohl die PDS dies im Wahlkampf 2001 noch

710 ausgeschlossen hatte. Dieser Entschluss führte maßgeblich mit dazu,
711 dass die EU-Kommission den Verkauf der Sparkasse ausdrücklich zur
712 Auflage machte. Diese wurde von Senatsseite kritiklos hingenommen, ein
713 Widerspruch unterblieb. Ein erster Verkaufsversuch des Landes Berlin im
714 Jahr 2003 scheiterte nur am geringen Preis. Nun soll die Bankgesellschaft
715 inklusive der Sparkasse bis 2007 verkauft werden. Dabei zeigt sich der
716 Senat unbeeindruckt von der Möglichkeit, dass ein privater Investor in
717 den Besitz einer öffentlichrechtlichen Sparkasse kommen könnte.

718 Mit der Novellierung des Sparkassengesetzes hat der Senat dafür sogar
719 eigens die Voraussetzungen geschaffen. Mit der Umwandlung der
720 Landesbank in eine Aktiengesellschaft soll die Sparkasse unter diesem
721 Dach ein öffentlich-rechtliches Institut bleiben, das verkauft werden
722 kann. Diese Rechtskonstruktion des Senats erinnert fatal an die
723 Vermengung öffentlicher und privater Rechtsformen bei der
724 Bankgesellschaft und den Wasserbetrieben. Den Bürgerinnen und
725 Bürgern soll so glauben gemacht werden, dass auch bei einem Verkauf
726 alles beim Alten bleibe und Berlin nicht „sparkassenfreien Zone“ werde.
727 Der Deutsche Sparkassen- und Giroverbandes hat im Falle einer
728 Privatisierung bereits mit einem Entzug der Markenrechte gedroht. Es ist
729 absurd zu glauben, dass ein privater Investor die sparkassentypischen
730 Aufgaben, nämlich den Kreditbedarf insbesondere des Mittelstands und
731 der wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise zu decken, erfüllen
732 würde. Warum auch? Beim Verkauf der städtischen
733 Wohnungsbaugesellschaften hat sich bereits gezeigt, dass die Zusagen
734 privater Investoren zum Mieterschutz nichts wert sind.

735 Für die WASG ist klar: Der Verkauf der Sparkasse muss verhindert
736 werden, Berlin darf nicht sparkassenfreie Zone werden.

737 **Armut bekämpfen**

738 Armut ist in Berlin tagtäglich sichtbar und zum traurigen Alltag für viele
739 Menschen in unserer Stadt geworden. Im Dezember 2005 mussten
740 544.772 Menschen in unserer Stadt von Leistungen nach dem
741 Sozialgesetzbuch II, also ALG II oder Sozialgeld, leben. ALG II erhielten
742 ca. 407.000, Sozialgeld ca. 138.000 Menschen. Jede/r sechste Berliner ist
743 auf diese Leistungen angewiesen, und jedes dritte Kind in Berlin wächst
744 in Armut auf. Als arm gilt, wer weniger als die Hälfte des
745 Durchschnittseinkommens zur Verfügung hat. In Berlin sind das weniger
746 als 600 Euro im Monat. Anstatt die Situation der Menschen zu verbessern
747 setzt der SPD/PDS-Senat weiter auf Sozialkürzungen und nutzt die
748 Gestaltungsmöglichkeiten zugunsten der Betroffenen auf Landesebene
749 nur unzureichend aus. Diese Politik gefährdet den Zusammenhalt der
750 Stadt.

751 **Hartz IV muss weg**

752 Die WASG Berlin fordert eine Initiative Berlins im Bundesrat zur
753 Rücknahme von Hartz IV. Weder die soziale Lage der ehemaligen
754 Sozialhilfeempfänger noch der ehemaligen Arbeitslosenhilfeempfänger ist
755 durch Hartz IV verbessert worden. Die WASG Berlin teilt darüber hinaus
756 die Forderung nach einer bedarfsorientierten Grundsicherung ohne
757 Arbeitszwang.

758 **Zwangsumzüge verhindern**

759 Das Versprechen von Sozialsenatorin Heidi Knake-Werner

760 (Linkspartei.PDS) im Dezember 2004, dass es in Berlin keine
761 Zwangsumzüge geben wird, erweist sich als Lüge. So werden die
762 anfallenden Wohnungskosten für ALG-II-Empfänger nur für die Dauer
763 eines Jahres in der tatsächlichen Höhe übernommen. Der Richtwert für
764 einen Ein-Personen-Haushalt liegt bei 360 Euro und für einen Zwei-
765 Personen-Haushalt bei 444 Euro. Rund 70.000 der insgesamt 319.000 so
766 genannten Bedarfsgemeinschaften sind ab 2006 dazu gezwungen, sich
767 nach günstigerem Wohnraum umzusehen. Das Berliner TOPOS-Institut
768 rechnete im Oktober 2005 in einer Studie mit 40.000 Zwangsumzügen in
769 den kommenden Jahren.

770 Die Politik des Senats zwingt diejenigen, die ihre Wohnung halten wollen,
771 zur Zahlung des überschüssigen Betrages aus ihrem ohnehin zu geringen
772 Regelsatz von 345 Euro. Dies wird zu Mietschulden oder weiterer
773 Verarmung der Betroffenen führen. Die WASG Berlin fordert die
774 unbefristete Übernahme der anfallenden Wohnungskosten von ALG-II-
775 Empfängern.

776 **Ein-Euro-Jobs**

777 Über 34.000 Berlinerinnen und Berliner sind momentan in Ein-Euro-Jobs
778 beschäftigt. Die Mehraufwandentschädigung von 1,50 Euro pro
779 Arbeitsstunde bei höchstens 30 Wochenstunden bedeutet pure
780 Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft. Zudem handelt es sich hierbei um
781 ein weitgehend rechtloses Arbeitsverhältnis. Auch das Land Berlin ersetzt
782 reguläre Arbeitsplätze und Arbeitsaufgaben im öffentlichen Dienst durch
783 Ein-Euro-Jobs. Die WASG Berlin fordert stattdessen einen öffentlich
784 geförderten Beschäftigungssektor mit tariflich abgesicherten
785 Arbeitsverhältnissen.

786 **Solidarisch und tolerant im Kiez leben**

787 Der Berliner SPD/PDS-Senat verantwortet durch seine Kürzungspolitik
788 eine soziale Verwahrlosung der Stadt. Armut und Perspektivlosigkeit
789 vieler Menschen sind die Wurzel vieler Probleme in den Stadtteilen
790 Berlins. Verschärfend kommt hinzu, dass die Infrastruktur von Jugend-
791 und Sozialprojekten unter dem SPD/PDS-Senat weiter geschwächt
792 wurden. Wir sehen mit Sorge, dass die großen Wohlfahrtsverbände
793 Tausende von Ein-Euro-Jobs in der Altenpflege und in der Kinder-,
794 Jugend- und Sozialarbeit geschaffen haben, und fordern auch hier
795 tariflich bezahlte Löhne.

796 Die seit 2006 laufenden und für fünf Jahre abgeschlossenen Verträge des
797 Landes Berlin für Projekte aus den Bereichen Alten- und Behindertenhilfe,
798 Gesundheit, Selbsthilfe, Wohnungslosen- und Straffälligenhilfe und
799 Migrantenarbeit setzen diese Entwicklung fort. Im Jahr 2006 haben diese
800 Verträge einen Umfang von 26 Millionen Euro, werden aber unter dem
801 Diktat der Haushaltskonsolidierung in den kommenden Jahren weiter
802 gekürzt. Das bedeutet eine weitere Ausdünnung der Projekte und eine
803 weitere Arbeitsverdichtung für die Beschäftigten.

804 **Menschen mit Behinderungen in Berlin**

805 Die WASG Berlin fordert einen unentgeltlichen Behindertenfahrdienst.
806 Derzeit liegt die Eigenbeteiligung bei bis zu zehn Euro pro Einzelfahrt. Wir
807 setzen uns dafür ein, dass Behinderte in die Verwaltung und Organisation
808 des Fahrdienstes miteinbezogen werden.

809 Sozialsenatorin Knake-Werner gibt die Kürzungen bei Einzelfall-,

810 Familien- und Mobilitätshilfen unter Rot-Rot mit zwei Prozent an. Nach
811 Angaben von Behindertenverbänden liegen sie aber wesentlich höher.
812 Alle vorgenommenen Streichungen im Behindertenbereich seit 2001
813 müssen zurückgenommen werden.
814 Wir wollen den Ausbau ambulanter Strukturen in der Pflege und
815 Betreuung fördern und dafür die stationären Einrichtungen abbauen.

816 **Jugendliche unterstützen, begleiten und fördern**

817 In der Jugendhilfe hat der SPD/PDS-Senat ein sozialpolitisches Desaster
818 zu verantworten. Von den 2002 bestehenden 400 Jugendfreizeitheimen
819 gibt es heute nur noch 270. Die Schließungen sind zumeist Folge der zu
820 geringen Finanzausweisungen an die Bezirke. Dies war und ist eine falsche
821 Antwort auf die Bildungs- und Ausbildungskrise in Berlin. Die Kürzungen
822 und Einsparungen im Bereich der Jugendarbeit haben die Bedingungen
823 für die Jugendlichen weiter verschlechtert. Dagegen kann eine bessere
824 Betreuung von Jugendlichen in Jugendzentren zu höherer sozialer
825 Kompetenz und Bildungsfähigkeit beitragen. Die Berliner WASG fordert
826 deswegen für die nächsten fünf Jahre den Ausbau der
827 Jugendfreizeitheime und ihrer Personalausstattung auf den Stand von
828 2002. Dazu müssen die Bezirke die notwendigen Finanzmittel vom Land
829 Berlin erhalten.

830 Der Senat hat auch die „Hilfe zur Erziehung“ von 400 Millionen Euro im
831 Jahr 2002 auf 240 Millionen Euro im Jahr 2005 gekürzt. Betroffen sind
832 insbesondere die Kinder von Alkoholikern, psychisch Kranken,
833 Gewalttätigen und Armen, deren Anteil in Berlin so hoch ist wie in keiner
834 anderen Stadt in Deutschland. Somit wird die bisherige fachliche Qualität
835 bei den Hilfen zur Erziehung vom Senat gefährdet; bis 2007 werden statt
836 21.500 nur noch 8.400 Fälle betreut werden können. Die Erfüllung der
837 gesetzlichen Pflichtleistungen durch die Bezirke ist dadurch nicht mehr
838 gesichert. Auch hier setzt sich die WASG Berlin dafür ein, in den nächsten
839 fünf Jahren schrittweise die Finanzierung und Fallbetreuung auf den
840 Stand von 2002 anzuheben.

841 **Drogenpolitik**

842 In Berlin gibt es rund 250.000 Alkoholabhängige und rund 1.000
843 alkoholbedingte Todesfälle jährlich. Nun wollen wir nicht in Berlin alle
844 Drogen verbieten und damit auch Alkohol als illegale Droge deklarieren.
845 Berlin muss aber den unverhältnismäßigen Umgang mit
846 Cannabisprodukten beenden und zu einer realistischen Drogenpolitik
847 kommen, die den bewussten Umgang mit Drogen propagiert und
848 Prävention fördert. Alle Drogen stellen ein Suchtrisiko dar. So wie
849 Cannabis dürfen auch legale Drogen wie Alkohol und Nikotin nicht
850 verharmlost werden. Die WASG Berlin wird sich auf Bundesebene dafür
851 einzusetzen, dass die Bundesregierung eine Rechtsverordnung mit
852 Zustimmung des Bundesrates erlässt, die eine Streichung von THC aus
853 der Anlage 1 des Betäubungsmittelgesetz (BtMG) des Bundes vorsieht.

854 **Die WASG fordert:**

- 855 • Trennung der Rauschgiftmärkte, um somit die Endverbraucher durch
856 staatlich lizenzierte Coffeeshops vom Dealer-Kaufzwang zu befreien.
857 Durch die Einrichtung von Coffeeshops wird die Gefahr minimiert,
858 dass Verbraucherinnen und Verbraucher durch den Kontakt zu
859 illegalen Händlern dem Risiko ausgesetzt sind, auch noch andere

860 und gefährlichere Drogen angeboten zu bekommen.
861 • Zum Schutz der Jugendlichen wird eine Altersbeschränkung für den
862 Cannabiserwerb analog dem Umgang mit Zigaretten, Schaumwein
863 und Bier festgesetzt.
864 • Cannabis soll medizinisch angewendet werden dürfen, die
865 Anwendung von Cannabis als Arzneimittel für Schmerzpatienten bei
866 Aids, Krebs und multipler Sklerose ist bereits wissenschaftlich
867 nachweislich erfolgreich.
868 Nur damit wird dem Ziel des straffreien Besitzes von
869 Cannabisprodukten und damit der geforderten Entkriminalisierung
870 des Haschisch- und Marihuanakonsums entsprochen.
871 Wenn wir die gesellschaftlichen Probleme wie Langzeitarbeitslosigkeit,
872 mangelnde Bildungschancen, Armut, soziale Ausgrenzung und fehlende
873 Zukunftsaussichten nicht auch als Grund für den Konsum legaler und
874 illegaler Suchtstoffe anerkennen, werden wir immer nur – mehr oder
875 weniger erfolgreich – an den Symptomen kurieren, ohne die eigentlichen
876 Ursachen in den Griff zu bekommen.

877 ***Den Ausverkauf der öffentlichen Daseinsvorsorge*** 878 ***stoppen***

879 Seit einem Vierteljahrhundert rollt die neoliberale Privatisierungswelle um
880 den Globus. Mittlerweile sind selbst Kernbereiche der öffentlichen
881 Daseinsvorsorge wie Bildung, Wasser, Gesundheit, Straßenbau, soziale
882 Sicherheit oder der Betrieb von Gefängnissen im Fokus privater
883 Begehrlichkeiten.

884 Im Zuge verschärfter globaler Konkurrenz und bestehender
885 Überkapazitäten sind die Investoren auf der Suche nach neuen und
886 lohnenden Verwertungsfeldern. Dabei werden sie von neoliberalen
887 Regierungen gezielt unterstützt. Zuerst werden Großunternehmen und
888 Millionäre massiv von Steuern entlastet. Die öffentliche Hand erzeugt
889 dadurch selbstverschuldet Haushaltsdefizite, um diese dann mit
890 Privatisierungen wieder zu schließen. So wird Vermögen verschenkt, was
891 in den letzten 100 Jahren mit Steuergeldern aufgebaut wurde. So auch in
892 den vergangenen 15 Jahren in Berlin: Seit 1994 hat das Land
893 „Tafelsilber“ in Höhe von 16 Milliarden Euro verkauft - mit katastrophalen
894 Folgen.

895 Berlin hat zwischen 1996 und 2001 unter anderem die öffentlichen
896 Betriebe Bewag, Gasag, die Wasserbetriebe und die
897 Wohnungsbaugesellschaft GEHAG ganz oder anteilig verkauft. Mit der
898 Ablösung der großen Koalition 2001 verbanden viele die Hoffnung auf
899 einen grundlegenden Politikwechsel. Stattdessen verkaufte der SPD/PDS-
900 Senat im vergangenen Jahr die Wohnungsbaugesellschaft GSW. Der
901 Senat hatte vier Jahre Zeit, die Rekommualisierung der Berliner
902 Wasserbetriebe zu prüfen und zu vollziehen. Nichts ist bis heute
903 geschehen.

904 Stattdessen reiben sich private Investoren aufgrund der hohen, zum Teil
905 garantierten Renditen die Hände.

906 **Die Folgen von Privatisierungen**

907 Beispiel Bewag: Nach dem Verkauf der Bewag 1997 stiegen die
908 Endverbraucherpreise um ein Drittel. 1999 zählte das Unternehmen noch
909 8.400 Beschäftigte, seitdem fiel die Hälfte aller Stellen weg.

910 Beispiel Gasag: Seit der Umwandlung in eine Aktiengesellschaft 1992
911 sank die Zahl der Beschäftigten von 4.000 auf 1.040. Nachdem die
912 letzten kommunalen Anteile 1998 verkauft wurden, schnellten die
913 Gaspreise um 50 Prozent in die Höhe. Heute wird ein jährlicher Gewinn
914 von 60 Millionen Euro erzielt.

915 Der SPD/PDS-Senat knüpfte an die Politik der Vorgängerregierungen
916 nahtlos an: 65.000 GSW-Wohnungen wurden an den privaten Investor
917 Cerberus verkauft. Damit verbleiben weniger als 280.000 Wohnungen in
918 öffentlichem Eigentum. Die Anzahl von 280.000 Wohnungen im
919 öffentlichen Eigentum hat aber der Berliner Senat noch 2005 als Zahl
920 genannt, um Einfluss auf die Mieten in der Stadt nehmen zu können.
921 Mietsteigerungen und Verdrängungsprozesse von einkommensschwachen
922 Mieterinnen und Mietern sind durch den Verkauf der Wohnungen
923 vorprogrammiert. Darüber hinaus haben die städtischen
924 Wohnungsbaugesellschaften zusätzlich in den letzten vier Jahren fast
925 50.000 Wohnungen auf den Markt geworfen. Frühere Sozialwohnungen
926 gehören jetzt privaten Gesellschaften.

927 Dieser Privatisierungsdruck auf den Berliner Wohnungsmarkt wird sich
928 noch dramatisch verschärfen, wenn – wie von der Investorenlobby
929 gefordert – nach US-Vorbild auch in Europa und Deutschland aus den
930 aufgekauften Wohnungsbeständen so genannte Real Estate Investment
931 Trusts (REITs) gebildet werden dürfen. Dann könnte etwa Cerberus die
932 erworbenen GSW-Wohnungen in einer oder mehreren Tranchen in einen
933 Fond packen und direkt an die Börse bringen. Sollten die dabei erzielten
934 Spekulationsgewinne wie in den USA, Frankreich und Italien steuerfrei
935 gestellt werden, stünde auch und gerade Berlin erst am Beginn eines
936 gigantischen Wohnungsmonopoly.

937 Für den Komplettverkauf der Krankenhausgesellschaft Vivantes wurden
938 die Weichen gestellt. Finanzsenator Thilo Sarrazin (SPD) dachte laut
939 nach, als er sagte, dass „die Braut noch nicht geschmückt“ sei – also
940 noch Kostenreduzierungen erforderlich sind, um die Kliniken für private
941 Bewerber attraktiv zu machen. Genau das jedoch passierte 2004 mit dem
942 „Notlagentarifvertrag“, der die Streichung von Urlaubs- und
943 Weihnachtsgeld und die Arbeitsverdichtung um 20 Prozent durch
944 Stellenabbau beinhaltet.

945 **Profite oder Daseinsvorsorge - beides geht nicht**

946 Privatisierung ist Diebstahl an öffentlichem Eigentum. Für Kapitaleigner
947 erschließen sich neue Profitquellen. Auf die Arbeitnehmerinnen und
948 Arbeitnehmer kommen erhebliche Belastungen zu - ob als Beschäftigte
949 durch Arbeitsplatzabbau, Arbeitsverdichtung und Lohnsenkungen oder als
950 Verbraucherinnen und Verbraucher durch höhere Preise und in vielen
951 Fällen auch schlechtere Leistungen. Nach der Privatisierung geht es nicht
952 mehr vorrangig darum, die Daseinsfürsorge sicherzustellen, sondern
953 darum, Profit zu machen.

954 **Einnahmeausfälle für die öffentlichen Haushalte**

955 Der Senat hat die Privatisierung von Landesunternehmen mit der
956 Haushaltskonsolidierung begründet. Damit kommt allerdings ein
957 Teufelskreis in Gang. Mit den einmaligen Privatisierungserlösen können
958 nur kurzfristig Haushaltslöcher gestopft werden, langfristige
959 Einnahmequellen werden dafür zunichte gemacht. Die Einnahmeausfälle
960 tragen zur Begründung weiterer Privatisierungen bei.

961 **(Teil-)Privatisierungen sind grundsätzlich abzulehnen**

962 Die WASG lehnt jede Form der Privatisierung ab - ob Komplettverkauf,
963 Teilverkauf, Auslagerung, Aufgabenübertragung oder Public Private
964 Partnership. Denn auch im Fall von so genannten „Partnerschaften“,
965 zwischen öffentlichem Sektor und privaten Unternehmen erhält die
966 Profitlogik Einzug in den öffentlichen Sektor. Die Berliner WASG tritt für
967 die Rekommunalisierung privatisierter Betriebe in öffentliches Eigentum
968 ein.

969 **Für die Rekommunalisierung der Wasserbetriebe**

970 1999 erhielten RWE und Veolia den Zuschlag für 49,9 Prozent der Anteile
971 der Berliner Wasserbetriebe. Diesen beiden Großkonzernen wurde eine
972 jährliche Rendite von acht Prozent für 28 Jahre garantiert. Seitdem
973 wurden die Wasserpreise um mehr als 20 Prozent erhöht und 900
974 Arbeitsplätze gestrichen. Gleichzeitig wurden die Investitionen in das
975 Leitungsnetz stark gesenkt. Um die Ansprüche der privaten Anteilseigner
976 weiterhin zu wahren, wurde das Teilprivatisierungsgesetz unter dem rot-
977 roten Senat novelliert. Allein im Jahr 2004 brachte es RWE auf einen
978 Gewinn von mehr als 1,6 Milliarden Euro bundesweit.

979 Die WASG Berlin fordert die Rekommunalisierung der Wasserbetriebe.
980 Selbst ein Rückkauf wäre für das Land billiger als dem Investor die
981 garantierte Rendite in den kommenden 25 Jahren Jahre zu überweisen.
982 Berlin könnte mit einer Rekommunalisierung rund 1,2 Milliarden Euro
983 sparen.

984 Der Raubzug privater Konzerne hat ein Trümmerfeld hinterlassen: Die
985 Wasserpreise übertreffen heute den bisherigen Spitzenreiter München,
986 der massenhafte Verlust von Arbeitsplätzen bürdet Berlin neue Kosten
987 auf, die Halbierung der Ausgaben bei den Instandhaltungen hat 5.000
988 außerbetriebliche Stellen in Gefahr gebracht.

989 **Der Senat erpresst die Charité-Beschäftigten**

990 Der SPD/PDS-Senat hat dem Universitätsklinikum Charité 98 Millionen
991 Euro an Landesmitteln gestrichen. Parallel dazu veranlasste der steigende
992 Kostendruck durch die Einführung der Fallpauschalen bei der
993 Krankenhausfinanzierung den Klinikum-Vorstand, eine Notlage
994 auszurufen. Bis 2010 ist von einem Defizit in Höhe von 266 Millionen
995 Euro die Rede.

996 Dabei soll der vom Senat vor drei Jahren herbeigeführte tariflose Zustand
997 ausgenutzt und die Beschäftigten erpresst werden: Entweder sie
998 akzeptieren einen Absenkungstarifvertrag von 20 Millionen Euro oder es
999 kommt zu betriebsbedingten Kündigungen. Darüber hinaus werden
1000 weitere 2.000 der noch 15.000 Arbeitsplätze in Frage gestellt. Doch
1001 Kürzungswahn kann im Gesundheitswesen tödlich sein. Bereits heute
1002 leisten die Charité-Ärzte 85.000 Überstunden im Monat, bei den
1003 Pflegebeschäftigten sind es 55.000 Überstunden.

1004 Gleichzeitig bereitet die Charité Privatisierungen vor: Der Einstieg des
1005 privaten Krankenhausbetreibers Helios beim Standort Buch zeigt, wohin
1006 die Reise gehen soll.

1007 Bei den Uni-Kliniken muss die Streichung der Landeszuschüsse
1008 rückgängig gemacht werden. Es darf keinen weiteren Personalabbau und
1009 keine betriebsbedingten Kündigungen geben.

1010 **BVG-Kostensenkungen als Vorstufe zur Privatisierung**

1011 Bei den Verkehrsbetrieben setzte der Berliner Senat im Jahr 2004
1012 Gehaltskürzungen von zehn Prozent durch. Bei Neueinstellungen werden
1013 noch mal 15 Prozent vom ursprünglichen Gehalt abgezogen. Dadurch
1014 sparte das Land knapp 50 Millionen Euro bei den BVG-Beschäftigten. Der
1015 Senat begründet diese Entscheidungen damit, dass nach EU-Recht ohne
1016 die beschlossenen Ausgabenkürzungen ab 2008 Fahraufträge
1017 ausgeschrieben werden müssten.
1018 Der Lohnverlust ist jedoch kein Schutz vor Privatisierung. Im Gegenteil.
1019 Die Kostensenkungen machen eine Übernahme der BVG für private
1020 Betreiber - wie in Zwickau unlängst geschehen - noch interessanter. Auch
1021 von einer Arbeitsplatzgarantie kann keine Rede sein. In den vergangenen
1022 15 Jahren wurden bei der BVG über 15.000 Stellen gestrichen. Von den
1023 übrigen 12.500 Arbeitsplätzen sollen bis zum Jahr 2008 weitere 3.000
1024 wegfallen. Gleichzeitig folgte eine Fahrpreiserhöhung nach der anderen.
1025 Schon heute arbeiten die KollegInnen 75 Prozent mehr als vor zehn
1026 Jahren. Die Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich von 38,5 auf 36
1027 Stunden wird zu keiner Verringerung der Arbeitsbelastung führen, da die
1028 Fahrleistung pro Beschäftigten nicht wesentlich reduziert wurde.
1029 Die WASG Berlin fordert die Rücknahme der Lohnkürzungen bei der BVG.
1030 Um den Wildwuchs bei den Vorstands- und Managergehältern der
1031 Anstalten des Landes Berlin und öffentlichen Betrieben einzudämmen,
1032 fordern wir einen Erlass des Senats, der die maximalen Bezüge auf die
1033 Höhe des Gehalts des Regierenden Bürgermeisters begrenzt.

1034 **Gegenwehr stärken**

1035 Das einzige, was den Privatisierungskurs aufhalten kann, ist der Kampf
1036 gegen Privatisierungen.
1037 Die WASG Berlin unterstützt den Widerstand von Belegschaften gegen
1038 Arbeitsplatzvernichtung, Lohnraub und Privatisierung. Die Beschäftigten
1039 der Uni-Kliniken Baden-Württemberg haben im letzten Herbst gezeigt,
1040 dass selbst im Gesundheitswesen (bei Aufrechterhaltung einer
1041 Notversorgung) erfolgreich gestreikt werden kann. Nach zehn Tagen
1042 Arbeitsniederlegung konnte dort ein Absenkungstarifvertrag verhindert
1043 werden.
1044 Die WASG Berlin hält einen Brückenschlag kämpfender Belegschaften zur
1045 Bevölkerung für notwendig. Dafür will die Berliner WASG einen Beitrag
1046 leisten. Die Proteste gegen den Ausverkauf der öffentlichen
1047 Daseinsvorsorge müssen vernetzt werden; deutlich entschiedenerer
1048 Widerstand ist nötig.
1049 Kompromissloser Widerstand gegen Privatisierungen heißt nicht
1050 Bürokratie, Korruption und Vetternwirtschaft zu rechtfertigen.
1051 Transparenz und Effizienz öffentlicher Unternehmen ist durch
1052 demokratische Kontrolle der landeseigenen Gesellschaften weit besser als
1053 durch teure Konkurrenz zu gewährleisten. Es gibt aber – auch bei der
1054 WASG – keine fertigen Konzepte dafür, wie eine solche demokratische
1055 Kontrolle aussehen kann und soll.
1056 Die Interessen von Belegschaften, Kunden und der Stadt insgesamt sind
1057 natürlich nicht immer deckungsgleich. Die Rechte der Beschäftigten
1058 stehen für die WASG im Vordergrund.
1059 Allerdings: Auskömmliche Löhne, bezahlbare Tarife und nötige
1060 Erhaltungs- und Erweiterungsinvestitionen müssen eben auch auf einen

1061 Nenner gebracht werden. Die Berliner WASG wird die notwendige
1062 Diskussion dieser Fragen in den nächsten Monaten gemeinsam
1063 beispielsweise mit dem neu gegründeten „Bürgerbündnis gegen
1064 Privatisierung“ anstoßen.
1065 Die Bilanz der Privatisierungspolitik in Berlin straft die Verheißungen der
1066 Privaten der Lüge: Kein Arbeitsplatz wurde geschaffen, die
1067 Dienstleistungen für den Bürger wurden nicht billiger und der Berliner
1068 Haushalt konnte auch nicht ausgeglichen werden. Nicht die öffentliche
1069 Hand, sondern private Investoren konnten sich auf Kosten der
1070 Allgemeinheit sanieren. Die Lasten dafür zahlen die Bürgerinnen und
1071 Bürger Berlins. Die Berliner WASG stellt fest: Die Privatisierungsprojekte
1072 in Berlin waren und sind von Lohnsenkungen, massivem Personalabbau,
1073 einer Zunahme der Arbeitsbelastung für die Beschäftigten und massiven
1074 Preissteigerungen für die Nutzer begleitet. Wir fordern den Stopp der
1075 Privatisierungspolitik und die Rekommunalisierung privatisierter Bereiche.

1076 ***Kitas und Schulen in Berlin***

1077 Erinnern Sie sich noch an die Wahlaussagen von SPD und PDS vor der
1078 Abgeordnetenhauswahl 2001: „In der Bildung wird nicht gekürzt“ oder
1079 „Mehr Mäuse für Schulen“? Die Realität sieht in Berlin anders aus.
1080 Nicht nur die Kitakosten wurden erhöht, sondern auch das
1081 Anmeldeverfahren verschärft; die Lernmittelfreiheit gestrichen, die
1082 Arbeitszeit von Lehrerinnen und Lehrern erhöht, und im neuen
1083 Schulgesetz wird das gegliederte Schulsystem nahtlos fortgeschrieben,
1084 obwohl alle PISASiegerländer einheitliche Schulsysteme haben.
1085 Ganztagschulen werden wegen unzureichender Personalausstattung ein
1086 Billigmodell.

1087 **Kitas haben einen Bildungsauftrag für alle Kinder**

1088 Eine diskriminierende Zugangbeschränkung von Kindern arbeitsloser oder
1089 befristet beschäftigter Eltern darf es nicht weiter geben. Dies würde dem
1090 Ansatz, Kitas zu Bildungseinrichtungen umzubauen, elementar
1091 widersprechen. Wir fordern eine stufenweise Absenkung der Kita-
1092 Kostenbeiträge bis hin zur Kostenfreiheit.
1093 Jedes vierte Kind, das in Berlin eingeschult wird, spricht nur unzureichend
1094 Deutsch. Dieses Problem beschränkt sich nicht nur auf Kinder mit
1095 nichtdeutscher Muttersprache. Sprachförderung ist daher eine der
1096 zentralen Aufgaben der Kitas. Diese müssen dafür personell entsprechend
1097 ausgestattet werden. Sie müssen als öffentliche Betriebe erhalten bleiben
1098 und dürfen nicht weiter privatisiert werden.
1099 Die WASG Berlin begrüßt die Vereinbarung zur Qualitätsentwicklung in
1100 den Kindertagesstätten zwischen der Senatsbildungsverwaltung, der Liga
1101 der Wohlfahrtsverbände und des Dachverbandes der Kinder- und
1102 Schülerläden (DaKS), die die Umsetzung des Berliner Bildungsprogramms
1103 zum Ziel hatte. Wir sind allerdings der Auffassung, dass die dafür
1104 notwendigen Rahmenbedingungen dazu auch geschaffen werden müssen.
1105 Derzeit werden die Kindertagesstätten mit der Umsetzung des Berliner
1106 Bildungsprogramms allein gelassen. Wenn die Erzieherinnen und Erzieher
1107 mit dem bisherigen Personalschlüssel Vorbereitungen, Beobachtung,
1108 Dokumentation, Evaluation und Fortbildung abdecken müssen, kann das
1109 nur zur Konsequenz haben, dass für die Arbeit mit den Kindern weniger
1110 Zeit zur Verfügung steht. Der erste Schritt, die Verbesserung der

1111 Personalausstattung, ist leicht möglich: Im Stellenpool befinden sich
1112 einige hundert Erzieherinnen und Erzieher, die in den Kitas beschäftigt
1113 werden könnten. Die Umsetzung des Bildungsprogramms ist nicht zum
1114 Nulltarif zu haben.

1115 **Eine Schule für alle– Ganztagschule als Regelform für alle** 1116 **Schülerinnen und Schüler**

1117 Unser Ziel ist das gemeinsame Lernen miteinander und voneinander, also
1118 die Einführung der Ganztagschule für Alle bis einschließlich der zehnten
1119 bzw. dreizehnten Klasse. Wir wollen das bisherige dreigliedrige
1120 Schulsystem kurz- bis mittelfristig in das Modell der Ganztagschule
1121 überführen.

1122 Eine Ganztagschule für alle bedarf einer neuen pädagogischen
1123 Konzeption. Sie darf nicht einfach eine Verlängerung des herkömmlichen
1124 Unterrichts sein. Die neue Schule wirkt integrativ, hat ein ganzheitliches
1125 Bildungsverständnis und fordert und fördert alle Lernenden individuell.
1126 Die gebundene Ganztagsgrundschule ist kostenfrei und an vier Tagen
1127 verpflichtend von 8 bis 16 Uhr.

1128 Der erste Schritt hierzu ist die flächendeckende Ganztagsgrundschule mit
1129 einer gebundenen Form. Diese fördert ein Schulleben, das die Aufgabe
1130 einer ganzheitlichen Bildung, Erziehung und Betreuung realisieren kann.
1131 Dazu gehört die Rhythmisierung des Schultages, der den 45- Minuten-
1132 Takt ablösen soll und durch einen kindgerechten Arbeitsrhythmus mit
1133 Belastungs- und Entlastungsphasen ersetzt. So können sich neue Formen
1134 des Unterrichts, insbesondere das selbstgesteuerte Lernen von Kindern
1135 und Jugendlichen entwickeln.

1136 Allerdings ist das pädagogische Konzept der Ganztagsgrundschule in
1137 Berlin gefährdet. Die völlig unzureichende Personalausstattung mit
1138 Erzieherinnen und Erziehern wird die pädagogisch sinnvollen und
1139 bildungspolitisch erwünschten Verbesserungen wie die Verzahnung von
1140 Schul- und Sozialpädagogik und die Entwicklung eines rhythmisierten
1141 Schulalltags nicht gewährleisten können.

1142 Die Konzeption des Senats fordert, dass Lehrerinnen und Lehrer,
1143 Erzieherinnen und Erzieher sich ergänzen und den Schultag gemeinsam
1144 gestalten. Aber weder die zeitlichen Ressourcen für Planung und
1145 Nachbereitung noch die nötige personelle Ausstattung sind vorhanden:
1146 Aufbewahren und Verwalten statt pädagogischer Arbeit – mehr ist trotz
1147 aller Anstrengungen in der Praxis vielerorts nicht möglich.

1148 Schulen müssen über gesicherte Ressourcen und eine verlässliche
1149 Finanzierung verfügen. Der Besuch der Ganztagsgrundschulen muss für
1150 die Kinder und Jugendlichen kostenfrei sein. Der Zugang zu
1151 Ganztagsgrundschulen muss mit einem Rechtsanspruch verbunden sein,
1152 damit ein entsprechendes Platzangebot nach Bedarf bereitgestellt wird
1153 und der Zugang unabhängig von sozialen Voraussetzungen möglich ist.

1154 Dies kann aber nur durch Bereitstellung zusätzlicher Mittel gelingen und
1155 nicht auf dem Rücken der dort Beschäftigten. Gelder für die Bildung sind
1156 Zukunftsinvestitionen und nicht überflüssige Kostenfaktoren. Nur wenig
1157 Bildung kostet viel Geld.

1158 **Das dreigliedrige Schulsystem fördert die soziale Auslese**

1159 Ein Kind aus einem Akademikerhaushalt hat in Berlin eine viermal höhere
1160 Chance, Abitur zu machen als ein Kind aus einem Arbeiterhaushalt.

1161 Tausende Schülerinnen und Schüler verlassen jährlich die Oberschulen
1162 ohne einen Abschluss. Das dreigliedrige Schulsystem in den Oberschulen
1163 verschärft die ohnehin vorhandene soziale Auslese in der Gesellschaft
1164 und verfestigt sie.
1165 Die soziale Herkunft darf nicht weiterhin die Chancen von Schulbildung
1166 und Berufschancen bestimmen. Dafür sind Lehr- und Lernmittelfreiheit
1167 eine wichtige Voraussetzung. Alle Kinder müssen in den Ganztagschulen
1168 ein Essen erhalten. Es kann nicht sein, dass Kinder auf Grund ihrer
1169 sozialen Situation vom Essen ausgegrenzt werden. Wir treten für ein
1170 kostenloses Mittagessen ein.
1171 Eine andere Unterrichtsform ist die andere Säule einer neuen Schule.
1172 Weg vom Frontalunterricht, hin zu einem gemeinsamen Lernprozess, in
1173 der die individuellen Stärken gefördert und die Schwächen ausgeglichen
1174 werden.
1175 Wer sich an den Pisa-Sieger-Ländern orientiert, muss auch deren
1176 Bedingungen übernehmen: Das bedeutet kleinere Lerngruppen, weniger
1177 Unterrichtsstunden für Lehrerinnen und Lehrer, mehr pädagogisches
1178 Personal an den Schulen. Daher fordert die WASG die Rücknahme der
1179 Arbeitszeitverlängerungen für Lehrerinnen und Lehrer von zwei
1180 Pflichtstunden pro Woche und die Neueinstellung der gleichen Zahl von
1181 Lehrerinnen und Lehrern, die jährlich aus dem Dienst ausscheiden. Die
1182 Klassengröße in den ersten drei Schuljahren darf nicht über 20, in den
1183 weiteren Jahrgängen nicht über 25 Schülerinnen und Schüler betragen.
1184 Die Kürzungen bei Bibliotheks- und Laborpersonal und in anderen
1185 Aufgabenbereichen in den Schulen führen zu einer deutlichen
1186 Verschlechterung der Lernbedingungen. Diese wollen wir rückgängig
1187 machen.
1188 Ein unverzichtbarer Teil des Lernens ist das interkulturelle Lernen. Daher
1189 lehnen wir den vorliegenden Rahmenlehrplan für das geplante
1190 Unterrichtsfach Ethik ab. Wir halten ein Unterrichtsfach in Anlehnung an
1191 L.E.R. (Lebenskunde-Ethik-Religion) ab dem Schulbeginn für notwendig,
1192 das sich an den Ansprüchen der Kinder und Jugendlichen orientiert.

1193 ***Studieren in Berlin***

1194 Die Hochschulen und die Wissenschaftseinrichtungen Berlins sind – trotz
1195 aller Kürzungen der letzten Jahre – in der Bundesrepublik einmalig. Diese
1196 Vielfalt und Qualität muss erhalten und ausgebaut werden. Zurzeit bieten
1197 die Berliner Hochschulen 75.000 ausfinanzierte Studienplätze (offiziell
1198 85.000) bei 130.000 Studierenden.
1199 Die systematische staatliche Unterfinanzierung der letzten zehn Jahre hat
1200 vielfach die Substanz der Hochschulen beschädigt. So sind einem
1201 Hochschulstudium nicht angemessene Studienbedingungen entstanden,
1202 wie etwa überfüllte Seminare, mangelhaft ausgestattete Bibliotheken
1203 sowie ein katastrophaler Betreuungsschlüssel für Studierende.
1204 Die forcierte Konkurrenz der Berliner Hochschulen um diese nicht
1205 bedarfsgerechten Mittel, die in den Hochschulverträgen festgeschrieben
1206 ist, muss beseitigt werden: Das Kriterium der Lehre in der
1207 leistungsbezogenen Mittelvergabe darf sich nicht rein quantitativ an
1208 Absolventenquoten orientieren. Dies führt zu zunehmenden
1209 Exmatrikulationen Studierender, wie derzeit bereits an der FU praktiziert.
1210 Wir wollen die Berliner Universitäten und Fachhochschulen zu einem
1211 Zentrum der wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung der

- 1212 Stadt machen. Dazu braucht Berlin mehr und nicht weniger
1213 Studienplätze.
- 1214 Wir lehnen jegliche Form von privater Finanzierung grundständiger Lehre
1215 und Forschung ab. Insbesondere stellen wir uns gegen Studiengebühren,
1216 auch in der als Studienkonten und Immatrikulationsgebühren getarnten
1217 Form.
- 1218 Ein Ausbau der Hochschulkapazitäten würde den Zuzug von jungen
1219 Menschen mit sich bringen. So könnte ein Teil der Hochschulkosten über
1220 den Länderfinanzausgleich kompensiert werden.
- 1221 Wir fordern den Senat auf, gemeinsam mit anderen betroffenen
1222 Bundesländern eine Bundesratsinitiative für einen
1223 Hochschulfinanzausgleich zu starten. Dadurch soll ein Finanztransfer von
1224 Bundesländern, die zuwenig Studierende ausbilden, hin zu den Ländern,
1225 die überdurchschnittlich ausbilden, gewährleistet werden.
- 1226 Während die Lernsituation für Studierende in Berlin immer schlechter
1227 wird, hat der Senat die akademisch drittklassige Privatuniversität
1228 European School of Management and Technology (ESMT) durch die
1229 unentgeltliche Überlassung des ehemaligen Staatsratsgebäudes am
1230 Schlossplatz subventioniert. Die WASG Berlin will
1231 Privatisierungstendenzen an Hochschulen grundsätzlich entgegenwirken.
1232 Auch privatrechtliche Ausgründungen wie bei der Forschungsvermarktung
1233 durch die HU Innovations- GmbH oder bei der Verwaltung des
1234 Hochschulzugangs durch Assist e.V. sind mit uns nicht zu machen.
- 1235 Der Tendenz, durch Hochschulautonomie der zunehmenden Privatisierung
1236 der Universitäten Vorschub zu leisten, muss eine innere
1237 Demokratisierung entgegengesetzt werden. Zentraler Bestandteil ist
1238 hierbei eine viertelparitätische (jeweils mit Studierenden, Professorinnen
1239 und Professoren, wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern
1240 sowie sonstigem Personal) Besetzung der Hochschulgremien.
- 1241 Das im Berliner Hochschulzulassungsgesetz festgeschriebene
1242 Selbstauswahlrecht der Hochschulen für bis zu 60% der
1243 Studienbewerberinnen und -bewerber muss abgeschafft werden. Dieses
1244 stellt – neben Studiengebühren – das wesentliche Instrument zur
1245 Verschärfung der sozialen Selektivität beim Hochschulzugang dar und
1246 befördert Elitenbildung.
- 1247 Wir kritisieren vehement die flächendeckende Einführung von Bachelor-
1248 und Masterstudiengängen. Diese sollten lediglich zusätzlich neben den
1249 bisherigen Magister- und Diplomstudiengängen angeboten werden. In
1250 ihrer gegenwärtigen Form bedeuten Bachelor und Master vor allem die
1251 Ausrichtung der Studiengänge auf arbeitsmarktkonforme Kriterien.
- 1252 Der Tendenz, den Bachelor als – unnützen – Abschluss für die Masse der
1253 Studierenden und den Master als Eliteabschluss anzubieten, muss
1254 entgegengewirkt werden: Wir fordern die Zulassung aller Bachelor-
1255 Absolventinnen und -absolventen zum Masterstudium. Auch für den
1256 Master muss die Studiengebührenfreiheit gewährleistet werden.
- 1257 ***Für eine gerechtigkeitsorientierte Kulturpolitik***
- 1258 Charakteristisch für das kulturelle Leben in Berlin ist seine
1259 außerordentliche Vielfalt und Vitalität.
- 1260 Zahlreiche Kulturinstitutionen von internationalem Rang sind in Berlin
1261 tätig. Die freie Szene, vielfältige soziokulturelle Projekte und eine schnell
1262 wachsende Kreativwirtschaft bereichern die Kultur der Stadt. Zugleich

1263 wird das kulturelle Leben von verfestigten sozialen Benachteiligungen
1264 geprägt. Ungleichheiten im Bildungssystem ebenso wie die gegenwärtig
1265 anwachsende Armut führen dazu, dass ein großer Teil der Bevölkerung
1266 weitgehend von der Teilhabe am kulturellen Reichtum der Stadt
1267 ausgeschlossen ist.

1268 Gerechtigkeitsorientierte Kulturpolitik muss die gravierenden
1269 Ungleichheiten beim Zugang zum kulturellen Leben und den Künsten
1270 abbauen. Auch im Kulturbereich dürfen die individuellen Chancen nicht
1271 von der sozialen Herkunft abhängig bleiben. Die Förderung von
1272 Kreativität, Phantasietätigkeit und Ausdrucksvermögen muss Menschen in
1273 den unterschiedlichsten Lebenslagen zugute kommen. Alle Menschen
1274 benötigen Orte und Zeiten, wo sie sich und ihr Verhältnis zur Welt
1275 befragen, ihre Selbst- und Fremdwahrnehmung im kreativen Austausch
1276 mit Anderen weiter entwickeln können. Die sozialen Spaltungen in der
1277 Stadt erfordern neue Ideen und innovative Projekte, um auch
1278 einkommensschwachen und bildungsbenachteiligten Menschen Wege zur
1279 aktiven kulturellen Beteiligung zu eröffnen. Ein grundlegender Schritt auf
1280 diesem Wege muss die deutlich verbesserte Förderung der
1281 breitenwirksamen kulturellen Bildung sein, wie sie auch vom Deutschen
1282 Kulturrat gefordert wird. Kulturelle Bildung ist ein elementarer
1283 Bestandteil der Persönlichkeitsentwicklung und der demokratischen
1284 Stadtgesellschaft.

1285 Die WASG begrüßt die Einführung von verbilligten Eintrittskarten zu den
1286 staatlichen Bühnen und Freikarten in den staatlichen Museen für
1287 Leistungsempfänger. Wir fordern, diese Angebote in allen öffentlich
1288 geförderten Kulturinstitutionen als Rechtsanspruch einzuführen.
1289 Erniedrigende Situationen wie das Warten auf übrig gebliebene Tickets
1290 sind zu vermeiden.

1291 Die WASG wendet sich entschieden gegen die Schließung bestehender
1292 Kultureinrichtungen.

1293 Wir plädieren dagegen für einen nachhaltigen Ausbau der
1294 musikpädagogischen und weiteren Jugendbildungsprogramme in allen
1295 Häusern der Hochkultur mit öffentlicher Förderung. Die Arbeit der
1296 Berliner Symphoniker war beispielhaft für das Aufbrechen eines elitären
1297 Kulturverständnisses und muss wieder vom Land nachhaltig finanziell
1298 getragen werden. Berlin benötigt ein Museum für Gegenwartskunst, das
1299 über einen eigenen Ankaufetat verfügt. Wir setzen uns für eine
1300 nachhaltige Aufstockung der Künstlerförderung in allen Sparten ein.
1301 Dabei müssen künstlerisch tätige Frauen stärker berücksichtigt werden
1302 und ihre Präsenz in verantwortlichen Positionen ausgebaut werden.

1303 Der Ausbau der Ganztagschule muss als Chance zur Erweiterung der
1304 kulturellen Bildungsangebote genutzt werden. Die stärkere Verknüpfung
1305 von Bildung und Kreativität ist von entscheidender Bedeutung für die
1306 Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen – und für das
1307 Bildungssystem einer Wissensgesellschaft. Die WASG strebt eine engere
1308 Kooperation der Schulen mit außerschulischen Bildungs- und
1309 Kultureinrichtungen an, damit die ästhetische Bildung stärker in den
1310 Schulalltag einbezogen wird. Ästhetische Bildung vermittelt mehr als die
1311 Fähigkeit, ein Instrument zu spielen, zu filmen oder ein Theaterstück
1312 aufzuführen. Sie erweitert den Horizont der eigenen Sinne und fördert
1313 das soziale Lernen in freier Kooperation. Sie ermöglicht Erfahrungen der
1314 Emanzipation und des lebendigen Umgangs mit Unterschieden. Die
1315 musischen und gestalterischen, die expressiven Fähigkeiten und

1316 Fertigkeiten gehören zu den Schlüsselkompetenzen, die eine
1317 zukunftsorientierte Schulkultur zu vermitteln hat. Der Erwerb von
1318 Medienkompetenz darf nicht auf deren technische Grundlagen begrenzt
1319 bleiben, sondern muss die Fähigkeit zum kritischen Umgang mit den
1320 Bildwelten der Kultur- und Medienindustrie ausbilden.

1321 Eine kulturpolitische Offensive, wie sie die WASG fordert, ist ohne einen
1322 erhöhten Kulturetat nicht zu haben. Bereits von den 1990er Jahren bis
1323 2003 sank der Berliner Kulturhaushalt. Der aktuelle Haushaltsplan sieht
1324 eine weitere Absenkung von 391,6 Mio im Jahr 2004 auf 351,3 Mio. Euro
1325 für das Jahr 2007 vor. Eine Absenkung der Kulturausgaben um rund zehn
1326 Prozent in nur drei Jahren ist skandalös. Dies führt dazu, dass die
1327 kulturellen Innovationsspielräume eingeengt werden und die bloße
1328 Bestandserhaltung einen immer größeren Anteil der Ausgaben bindet.

1329 Innovationsbedarf sehen wir insbesondere in der kulturellen Förderung
1330 von Menschen mit Migrationshintergrund, der Kulturarbeit gegen
1331 Rechtsextremismus und religiösen Fundamentalismus sowie in der
1332 Seniorenkulturarbeit. Um diese Ziele zu erreichen, müssen die
1333 bezirklichen Kulturhaushalte deutlich aufgestockt werden. Die
1334 stadtteilbezogene Kulturarbeit vermag sensibler auf die lokalen Defizite
1335 zu reagieren. Hier benötigen solche Projekte eine vorrangige
1336 Finanzierung, die zur sozialen Integration beitragen, Benachteiligungen
1337 gezielt abbauen oder die Arbeitsbedingungen von Kulturschaffenden
1338 stabilisieren.

1339 Auf dem Gebiet der kulturellen Förderung von Menschen mit
1340 Migrationshintergrund sowie der interkulturellen Kommunikation hat
1341 Berlin einen deutlichen Nachholbedarf. Angesichts der mehrfachen
1342 strukturellen Diskriminierungen muss speziellen Angeboten der
1343 Kulturarbeit in den Stadtquartieren mit hohem Migrantenanteil eine
1344 Priorität zukommen.

1345 Kulturpolitik muss Lernprozesse fördern, die den Gefahren von
1346 Rechtsextremismus, Fremden- und Frauenfeindlichkeit, religiöser
1347 Fundamentalismus und anderen menschenverachtenden Ideologien
1348 entgegenwirken. Dazu bedarf es einer besseren Finanzierung von solchen
1349 Kulturvereinen und Initiativen, die mit ihrem Engagement die lebendige
1350 alltagskulturelle Kommunikation vor Ort voranbringen.

1351 Ein weiteres Feld muss die Förderung der Seniorenkulturarbeit sein.
1352 Geistige Regsamkeit trägt nicht zuletzt zur körperlichen und seelischen
1353 Gesundheit bei und bietet Chancen eines verbesserten
1354 Erfahrungsaustausches zwischen den Generationen. Dazu bedarf es des
1355 Ausbaus der kulturellen Aktivitäten an den bereits bestehenden
1356 öffentlichen Orten und bezirklichen Zentren.

1357 Unsere Vorschläge für Innovationen in der Berliner Kulturpolitik haben
1358 zum Ziel, mehr in breitenwirksame kulturelle Bildungsangebote zu
1359 investieren, den interkulturellen Dialog auszubauen und der bezirklichen
1360 Kulturpolitik eine größere Gestaltungsmacht zu verschaffen.

1361 Diese Ideen können gut miteinander verknüpft werden. Wir regen dafür
1362 die Errichtung einzelner bezirklicher Modellprojekte (z.B. im Kreuzberger
1363 Bethanien) an. So können lebendige öffentliche Orte entstehen, an denen
1364 die verschiedenen Aktivitäten sich berühren und voneinander profitieren
1365 werden. Eine solche Verbesserung der kommunalen kulturellen
1366 Infrastruktur trägt zur Entwicklung einer sozialen Stadt bei und soll aus
1367 diesem Programm mitfinanziert werden.

1368 Öffentliche Bibliotheken gehören zu den kulturellen Basisinstitutionen der

1369 Gesellschaft. Als Orte der Vermittlung von Buch- und Lesekultur sowie
1370 vielfältiger Medienkompetenzen gehören sie zu den meistbesuchten
1371 Kultureinrichtungen Berlins überhaupt. Dennoch wurde ihre Zahl im
1372 Zeitraum von 1996 bis Ende 2004 von 206 auf 107 verringert. Der
1373 Gesamtbestand an Medieneinheiten ist gesunken, die Öffnungszeiten sind
1374 seit 2002 um 20.000 Stunden geschrumpft. Zugleich ist die Zahl der
1375 Besuche pro Einwohner gestiegen. Die Dienstleistung für die Bürger hat
1376 also abgenommen, obwohl ein steigendes Bedürfnis besteht. Die WASG
1377 fordert eine dringende Umkehr dieser Entwicklung. Zudem ist der
1378 Gebrauchswert einer Bibliothek auch abhängig von den atmosphärischen,
1379 kommunikativen und architektonischen Gegebenheiten, die verbessert
1380 werden müssen.

1381 **Sicher und solidarisch leben**

1382 Der Zusammenhang von sozialer Unsicherheit, Armut und
1383 Perspektivlosigkeit mit Kriminalität liegt auf der Hand. Eine Politik, die
1384 soziale Sicherheit und den Menschen Perspektiven bietet, ist die
1385 wirksamste Methode, Kriminalität einzudämmen.

1386 Wir haben das Leitbild einer zivilen, bürgernahen und demokratischen
1387 Polizei. Der Schutz der Bürger vor Kriminalität ist eine unverzichtbare
1388 Aufgabe des Staates. Allerdings haben Vermögende die Möglichkeit, sich
1389 durch private Dienste zusätzlichen Schutz zu leisten, Normalverdiener
1390 und Arme nicht. Deswegen muss die öffentliche Hand die notwendige
1391 Sicherheit für alle Bürger sichern. Die WASG Berlin lehnt deswegen einen
1392 weiteren Stellenabbau bei der Berliner Polizei, der Berliner Feuerwehr und
1393 dem Technischen Hilfswerk ab. Um eine Überalterung zu vermeiden,
1394 muss ein entsprechender Einstellungskorridor eingerichtet werden.

1395 In der Ausbildung der Polizisten müssen gewaltfreie Konfliktlösungen und
1396 die interkulturelle Kompetenz ein noch stärkeres Gewicht erhalten. Junge
1397 Menschen mit Migrationshintergrund müssen verstärkt für den
1398 Polizeidienst gewonnen werden. Eine multikulturelle Stadt braucht eine
1399 multikulturelle Polizei.

1400 In den vergangenen Monaten machten die Berliner Polizei und einzelne
1401 Beamte durch unangemessene Einsätze, so bei der Räumung eines
1402 Hoffestes in der Kastanienallee im Prenzlauer Berg, bei der Durchsuchung
1403 der Diskothek „Jeton“ in Friedrichshain und bei zahlreichen
1404 Demonstrationen mit hohen Auflagen und Übergriffen auf
1405 Demonstrationsteilnehmer negative Schlagzeilen. Dies widerspricht
1406 unserem Leitbild einer zivilen Polizei. Die geschlossene Einheiten bei der
1407 Bereitschaftspolizei sollen aufgelöst werden, um einen militärischen
1408 Korpsgeist entgegen zu wirken.

1409 Die Ausstattung der Polizisten mit dem gefährlichen Schlagstock „Tonfa“
1410 lehnen wir ab, da er zu schweren Verletzungen führt und sogar tödliche
1411 Wirkungen haben kann. Wir fordern die Einführung einer individuellen
1412 Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte, um die Hemmschwelle für
1413 Übergriffe von Beamten zu erhöhen und trotzdem erfolgte Übergriffe
1414 besser aufklären zu können. Obwohl die Kennzeichnungspflicht im
1415 Koalitionsvertrag 2001 zwischen SPD und PDS vereinbart war, wurde sie
1416 nicht eingeführt.

1417 In Berlin werden rund 30 Straßen und Plätze als „gefährliche Orte“
1418 bezeichnet, an denen die Polizei verdachtsunabhängig Personen
1419 kontrollieren darf. Die Berliner WASG fordert, das Konzept der
1420 „gefährlichen Orte“ fallen zu lassen, da es immer wieder zu

1421 diskriminierenden Kontrollen gegen Obdachlose und Migranten kam. Die
1422 Berliner WASG wendet sich auch gegen Kameraüberwachungen von
1423 öffentlichen Räumen. Eine Kamera ersetzt nicht den Polizisten auf der
1424 Straße und kann in Notfällen auch nicht eingreifen.

1425 Die WASG Berlin lehnt die Privatisierung von öffentlichen Räumen ab.
1426 Private Straßen und Plätze, geschützt durch private Sicherheitsdienste,
1427 sind das Gegenteil einer urbanen und liberalen Stadt. Sie führen zur
1428 Verödung des öffentlichen Lebens und dienen alleinig dem Zweck der
1429 Kommerzialisierung des öffentlichen Raums.

1430 Wir setzen uns dafür ein, das in Berlin bei Hausbesetzungen eine ähnliche
1431 Regelung eingeführt wird wie sie seit 1993 in den Niederlanden besteht.
1432 Gebäude in privatem Besitz dürfen nicht länger als ein Jahr leer stehen.
1433 Der Besitzer muss im Fall einer Hausbesetzung bei einem Leerstand von
1434 über einem Jahr nachweisen, dass er den Leerstand aufheben will –
1435 ansonsten geht das Hausrecht geht auf die neuen Nutzer über. Die WASG
1436 Berlin fordert somit die Abschaffung der „Berliner Linie“, nach der die
1437 Polizei eine Hausbesetzung ohne Prüfung der Sachlage innerhalb der
1438 ersten 24 Stunden beenden kann.

1439 Berlin übernimmt im Rahmen der Hauptstadtfunction zahlreiche
1440 Dienstleistungen für den Bund. Der Schutz von Gebäuden und bei
1441 Staatsbesuchen kostet Geld und bindet Ressourcen, die den Berlinerinnen
1442 und Berlinern dadurch nicht mehr zur Verfügung stehen. Der Bund muss
1443 entsprechend zur Finanzierung der Berliner Polizei herangezogen werden.

1444 **Migration und Asyl**

1445 In Berlin leben über 450.000 Menschen anderer Nationalität. Das sind
1446 13,6 Prozent der Gesamtbevölkerung. Berlin ist eine multikulturelle
1447 Stadt.

1448 Besonders Migranten sind von Armut betroffen. Die Arbeitslosenquote
1449 liegt bei ihnen mit 40 Prozent doppelt so hoch wie bei der
1450 Gesamtbevölkerung. Der Arbeitsplatzabbau in der Berliner Industrie hat
1451 die oft gering qualifizierten Zuwanderer aus ihren Arbeitsplätzen
1452 gedrängt. Berufliche Perspektiven und Arbeit sind aber ein wichtiger
1453 Faktor für die Integration der Zuwanderer.

1454 Integration ist mehr als der verordnete Erwerb von Sprachkenntnissen
1455 und auch die Aufgabe der aufnehmenden Gesellschaft. Integration
1456 bedeutet vor allem umfassende Teilhabe am politischen, kulturellen und
1457 wirtschaftlichen Leben, die die Mehrheitsgesellschaft gewährleisten muss.
1458 Die WASG Berlin setzt sich für Partizipation und Chancengleichheit
1459 unabhängig von nationaler Zugehörigkeit ein.

1460 Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund haben trotz des Bonus
1461 der Zweisprachigkeit objektiv schlechtere Ausbildungs- und damit auch
1462 schlechtere Lebenschancen in Berlin. Der Anteil der Kinder mit
1463 Migrationshintergrund unter den Berliner Haupt- und
1464 Sonderschulabsolventen ist überproportional hoch. Für den Zugang zu
1465 Ausbildung und qualifizierter Erwerbstätigkeit hat der formale
1466 Schulabschluss aber eine zentrale Bedeutung.

1467 Daher fordern wir weitere gezielte Förderprojekte für Schüler mit
1468 Migrationshintergrund und beschäftigungsfördernde Maßnahmen für
1469 Migranten und Flüchtlinge.

1470 Integrationsfeindlich sind nicht nur staatliche Regelungsmechanismen,
1471 sondern auch rassistische, rechtsextremistische, nationalistische und

1472 wohlstandschauvinistische Tendenzen.
1473 Die WASG Berlin wird in allen Bereichen der Gesellschaft dagegen
1474 kämpfen und die Probleme der Migranten als einen wesentlichen
1475 Bestandteil ihrer Politik in das Abgeordnetenhaus einbringen.
1476 Wir wollen Artikel 16 Grundgesetz, das Recht auf Asyl, zum Kernelement
1477 eines demokratischen Staates machen. Duldungen müssen in dauerhafte
1478 Aufenthaltsgenehmigungen umgewandelt, die Lebenssituation von
1479 Flüchtlingen in Berlin erheblich verbessert werden. Die Beschränkungen
1480 der Bewegungsfreiheit und die Reduzierung der Sozialleistungen nach
1481 dem Asylbewerberleistungsgesetz sind abzuschaffen. Die WASG Berlin
1482 setzt sich in den Bezirken dafür ein, dass Flüchtlinge Bargeld anstatt
1483 Chipkarten zum Einkauf erhalten.
1484 In Berlin leben über 100.000 Menschen ohne Aufenthaltsstatus
1485 („Illegale“). Sie haben keinen legalen Zugang zur Bildung und
1486 Krankenversorgung. Wir fordern mit den Menschenrechtsorganisationen
1487 den Zugang zur Bildung (Schulen, Kitas), den Zugang zu medizinischer
1488 Versorgung und einen Schutz vor Lohnbetrug für diese
1489 Bevölkerungsgruppe.
1490 Dafür ist zwingend die Befreiung von Schulen, Krankenhäusern und
1491 Arbeitsgerichten von der Meldepflicht nach dem Aufenthaltsgesetz nötig.
1492 Ebenso setzen wir uns für die Straffreiheit bei humanitären
1493 Hilfeleistungen ein.
1494 Die WASG Berlin setzt sich für die Schließung des Abschiebegewahrsams
1495 in Köpenick und für die Abschaffung der Abschiebehaft ein.
1496 **Gegen Rassismus und Rechtsextremismus**
1497 Rassismus und Rechtsextremismus sind kein gesellschaftliches
1498 Randphänomen. Wir sind für demokratische Partizipation von Migranten
1499 in jedem Lebensbereich. Wir brauchen keine Dominanzkultur, sondern
1500 bejahen kulturelle Vielfalt. Ein Grundpfeiler unserer Politik ist die Vision
1501 einer solidarischen Gesellschaft, in der jeder Mensch sich frei entfalten
1502 kann.
1503 Die Berliner WASG setzt sich für den Ausbau der Projekte gegen
1504 Rassismus und Rechtsextremismus in der Stadt ein. Die Mobilen
1505 Beratungsteams gegen Rechtsextremismus und andere
1506 Präventionsprojekte leisten eine wichtige Arbeit für das solidarische und
1507 friedliche Zusammenleben in der Stadt. Fehlende Bundesfinanzierung
1508 muss vom Land übernommen werden, sodass die Projekte gesichert,
1509 weitergeführt und ausgebaut werden können.

1510 **Geschlechterdemokratie**
1511 Die Errungenschaften der Frauenbewegung und gesamtgesellschaftliche
1512 Entwicklungen haben im Lauf des letzten Jahrhunderts die rechtliche,
1513 politische und soziale Situation der Frauen erheblich verändert, wenn
1514 auch die Unterdrückung der Frau in unserer Gesellschaft dadurch
1515 keineswegs überwunden wurde. Es bedarf der gemeinsamen Anstrengung
1516 von Frauen und Männern, um eine wirkliche Gleichstellung der
1517 Geschlechter zu erreichen. Das gemeinsame Eintreten für soziale
1518 Gerechtigkeit und respektvollen und gewaltfreien Umgang miteinander ist
1519 dabei eine wichtige Voraussetzung zur Verwirklichung von Frauenrechten
1520 und Geschlechterdemokratie. Wie weit wir davon noch entfernt sind, zeigt
1521 die Bestandsaufnahme der realen Situation in unserem Land und in
1522 unserer Stadt.

1523 Die kontinuierliche Erhöhung der Anforderungen am Arbeitsplatz,
1524 verbunden mit drohenden Lohnkürzungen und der Angst vor dem Verlust
1525 des Arbeitsplatzes und folgender Arbeitslosigkeit, setzt erwerbstätige
1526 Frauen massiv unter Druck. Die Einrichtung von Ein-Euro- Jobs vor allem
1527 im sozialen Bereich mit überwiegend weiblichen Beschäftigten, in
1528 Kindergärten und Schulen, in Altenheimen und im öffentlichen
1529 Gesundheitswesen verdrängt zunehmend reguläre Arbeitsverhältnisse zu
1530 Gunsten von Zwangsarbeit und Niedriglöhnen.

1531 Die Politik des rot-roten Senats und deren Konsequenzen für Frauen in
1532 Berlin wird deutlich am Beispiel des größten Arbeitsplatzes von Frauen in
1533 Berlin, des Universitätsklinikums Charité: Während die
1534 Krankenpflegerinnen durchschnittlich schon 20 Überstunden im Monat
1535 ohne Freizeitausgleich ableisten müssen, nutzt Kultursenator Flierl
1536 (Linkspartei.PDS) die Angst vor der Arbeitslosigkeit aus, um zusätzliche
1537 Lohnkürzungen bei den Beschäftigten des Klinikums durchzusetzen.

1538 Frauen, die arbeitslos werden und in einer Partnerschaft leben, wird diese
1539 infolge der Hartz-IV-Gesetzgebung als „Bedarfsgemeinschaft“ ausgelegt.
1540 So geraten sie in die unumkehrbare finanzielle Abhängigkeit von ihrem
1541 Ehemann oder Lebenspartner und verlieren per Gesetz den Status
1542 autonomer Selbstbestimmung.

1543 Für erwerbstätige Frauen mit Kindern und/oder in Partnerschaften ist die
1544 Mehrfachbelastung von Haus- und Lohnarbeit tägliche Realität. Noch
1545 immer liegt die Hauptlast der Hausarbeit und Kinderbetreuung bei den
1546 Frauen. Sie bringen durchschnittlich zwei Drittel ihrer gesamten
1547 Arbeitsleistung im privaten Bereich ein, Männer dagegen nur ein Drittel.
1548 In weiblichen Lebensläufen wechseln daher häufig Zeiten der
1549 Erwerbstätigkeit mit Zeiten der Familienarbeit und Zeiten der
1550 Arbeitslosigkeit mit Zeiten prekärer und kurzfristig wechselnder
1551 Beschäftigungsverhältnisse. In Berlin arbeitet ein Drittel aller
1552 erwerbstätigen Frauen in Teilzeitberufen, und fast drei Viertel der
1553 gesamten Teilzeitarbeit wird von Frauen erbracht. Ihr Stundenlohn ist
1554 durchschnittlich um ein Drittel geringer als der der Männer. Aufgrund der
1555 niedrigeren Löhne erhalten Frauen geringere Lohnersatzleistungen und
1556 kleinere Renten. Alleinstehende Frauen über sechzig Jahre sind deshalb
1557 massiv von Altersarmut betroffen.

1558 Während in Berlin mindestens jedes vierte Mädchen und jede vierte Frau
1559 Opfer von körperlicher oder sexueller Gewalt seitens ihres Vaters,
1560 Ehemannes oder Lebensgefährten wird, während die Stadt zusehends
1561 zum Schauplatz von Zwangsprostitution, von Mädchen- und
1562 Frauenhandel wird, streicht der Senat massiv die Gelder für die nötigen
1563 öffentlichen Hilfs- und Schutzangebote, für Mädchen- und
1564 Frauenberatungsstellen, Frauenprojekte und Frauenhäuser.

1565 Die dabei gekürzten Mittel stehen in keinem Verhältnis zum Leid der
1566 Frauen und Kinder, die häuslichen Gewaltsituationen nicht mehr
1567 entrinnen können. Gleichzeitig macht Innensenator Körting (SPD) mit der
1568 Durchsetzung einer rigorosen Abschiebepolitik die Situation ausländischer
1569 Frauen ohne Aufenthaltspapiere ausweglos.

1570 Diese Bestandsaufnahme zeigt deutlich: Der vom rot-roten Berliner Senat
1571 in den vergangenen Jahren betriebene Sozialabbau zum Zweck der
1572 Haushaltskonsolidierung trifft besonders Frauen und insbesondere allein
1573 erziehende Frauen mit ihren Kindern. Hier gilt es, neue Maßstäbe sozialer
1574 Gerechtigkeit zu setzen und in politische Entscheidungen für die
1575 Betroffenen umzusetzen.

1576 Die WASG Berlin fordert deshalb gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit,
1577 gleiche Rechte und volle tarifliche Absicherung für Teilzeitbeschäftigte.
1578 Das Recht auf Arbeit ohne sexuelle Belästigung oder Diskriminierung
1579 muss gesellschaftlich durchgesetzt werden. Ebenso muss die kostenfreie
1580 Betreuung, pädagogische Förderung, Erziehung und Ausbildung für
1581 Kinder und Jugendliche aller Altersgruppen sowie die umfassende
1582 kostenfreie sozialpädagogische und sozialpsychologische Betreuung für
1583 Kinder und Jugendliche und deren Bezugspersonen gesichert werden.
1584 Darüber hinaus fordern wir die Bereitstellung von Bundes- und
1585 Landesmitteln zum Erhalt und Ausbau von Mädchen- und
1586 Frauenberatungsstellen, Frauennotrufen und Frauenhäusern und das
1587 Recht auf Schwangerschaftsabbruch ohne Zwangsberatung.

1588 ***Gleichstellungspolitik***

1589 Wir setzen uns für die uneingeschränkte Emanzipation, Partizipation und
1590 Integration unabhängig von der sexuellen Orientierung (schwul, lesbisch,
1591 bi-, transsexuell), Herkunft und Behinderung ein. Unser Ziel ist die
1592 Gleichstellung aller Lebensgemeinschaften sowie eine freie Wahl der
1593 Lebensform, wie sie bereits in Resolutionen des Europäischen
1594 Parlamentes gefordert werden. Wir fordern ein bundesweites
1595 Antidiskriminierungs- sowie ein umfassendes Transsexuellengesetz.
1596 Wir unterstützen den weltweiten Tag gegen Homophobie am 17. Mai, um
1597 der immer noch andauernden Diskriminierung und Gewalt im Alltag oder
1598 in der Arbeitswelt, bei Wohnungsangelegenheiten, bei Behörden und in
1599 den verschiedenen Religionen sowie zunehmend in den
1600 Lebensgemeinschaften selbst entgegenzuwirken.
1601 Der Kampf gegen AIDS muss weitergeführt und die Rechte der
1602 Betroffenen gesichert werden. Krankheit und Tod in Würde und frei von
1603 Ausgrenzung sind Voraussetzungen dieser Arbeit. Wir unterstützen
1604 diesbezüglich den notwendigen Ausbau der Hospizbewegungen sowie den
1605 Erhalt und die Förderung der entsprechenden Selbstorganisationen.
1606 Gestärkt und verbessert werden muss die Prävention an Schulen,
1607 Universitäten sowie in der Kinder- und Jugendarbeit.
1608 Homosexuelle NS-Verfolgte sind endlich anzuerkennen und zu
1609 entschädigen. Wir begrüßen den Beschluss des Bundestages, einen
1610 Gedenkort für die homosexuellen Verfolgten der NS-Diktatur am Rande
1611 des Tiergartens zu errichten und werden eine zügige Umsetzung
1612 begleiten.
1613 Aber auch in der Zeit nach 1949 gab es in der BRD und der DDR
1614 Verfolgung, Ausgrenzung und Diskriminierung, deren historische
1615 Aufarbeitung und Wiedergutmachung notwendig ist. Die jahrzehntelange
1616 gesellschaftliche Ausgrenzung und Ungleichbehandlung
1617 gleichgeschlechtlicher Lebensformen verlangt eine zwingende Förderung
1618 der soziologischen Forschung an den Berliner Universitäten, für die wir
1619 uns nachhaltig einsetzen werden.
1620 Die Durchsetzung der gleichen Rechte in Europa sowie weltweit sind
1621 integraler Bestandteil und Auftrag unserer politischen Arbeit.

1622 ***Vorfahrt für die Umwelt***

1623 Der Auto- und Flugverkehr stellt für die Berliner Bevölkerung eine
1624 enorme Belastung dar und vermindert die Lebensqualität drastisch.
1625 Autoverkehr ist heute das größte Umweltproblem in Berlin. Er

1626 verschwendet Ressourcen, die nicht unendlich sind. Zudem ist er eine
1627 Quelle von Luftverschmutzung, Grundwassergefährdung und Lärm, die
1628 die Gesundheit aller Berlinerinnen und Berliner bedrohen. Jährlich gibt es
1629 in Berlin rund 120.000 Straßenverkehrsunfälle. Bei diesen werden im
1630 Jahr rund 70 Menschen getötet und mehr als 10.000 verletzt. Zwischen
1631 1991 bis 2004 wurden 1615 Menschen im Straßenverkehr getötet.
1632 Besonders betroffen sind Kinder und die Einwohnerinnen und Einwohner
1633 der Innenstadt – ein Hauptgrund für den Umzug ins Umland. Dadurch
1634 wird der Autoverkehr weiter verstärkt und die Berlinerinnen und Berliner
1635 werden noch mehr belastet.

1636 **Für eine bewohnbare Innenstadt**

1637 Um das Leben und Wohnen in Berlin zu verbessern, muss der Anteil des
1638 Autoverkehrs in der Stadt sinken und der Anteil des Öffentlichen
1639 Personennahverkehrs (ÖPNV), von Fußgängerinnen und Fußgängern,
1640 Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrern, steigen. Zu diesem Zweck
1641 müssen nicht mehr Straßen gebaut werden, sondern weniger.
1642 Insbesondere in der Innenstadt und zu dieser hin braucht Berlin keine
1643 neuen Straßen. Der Bau des Tiergartentunnels hat nicht nur viel Geld
1644 verschwendet, sondern wird auch den Autoverkehr in der Innenstadt
1645 verstärken. Stadtringverlängerung, die A113 und die anderen großen
1646 Straßenausbauten werden die gleichen Folgen haben. Statt dieser
1647 unsinnigen und verschwenderischen Projekte muss der ÖPNV nicht weiter
1648 reduziert, sondern wieder ausgebaut werden.

1649 Besonders effektiv ist die Straßenbahn, die bei hohen
1650 Transportleistungen wenig Kosten für Bau und Betrieb verursacht. Sie ist
1651 ein ideales Verkehrsmittel für die Innenstadt und eine dringend nötige
1652 Ergänzung zum guten Berliner Schnellbahnnetz. Leider wurde der Ausbau
1653 des Straßenbahnnetzes in den letzten 16 Jahren aus ideologischen
1654 Gründen verzögert.

1655 Auch der Fahrradverkehr muss endlich wirklich gefördert werden. Die
1656 WASG fordert den verstärkten Ausbau von Fahrradwegen, durch eine
1657 Reihe geeigneter Maßnahmen wie Geschwindigkeitsbegrenzung und
1658 Verkehrsberuhigung die verstärkte Integration des Fahrradverkehrs in
1659 das vorhandene Straßennetz Berlins sowie die kostenlose Mitnahme von
1660 Fahrrädern in allen Bahnen.

1661 Ziel der WASG ist es, den Autoverkehr in der Innenstadt deutlich zu
1662 reduzieren. Dafür wollen wir mehr Raum für nichtmotorisierten und
1663 öffentlichen Verkehr schaffen. Eine systematische
1664 Parkraumbewirtschaftung mit der Verteuerung des in die Stadt
1665 pendelnden Pkw-Verkehrs sind dafür ebenso geeignete Maßnahmen wie
1666 die Ausweitung der Tempo-30-Zonen und die Schaffung von deutlich
1667 mehr verkehrsberuhigten Zonen.

1668 Eine Citymaut wie in London und Stockholm könnte helfen, den
1669 Autoverkehr in der Innenstadt zu reduzieren. Eine Sonderregelung muss
1670 dabei die Einwohner des Mautgebietes entlasten, so dass in erster Linie
1671 der Autoverkehr von außerhalb verteuert wird. Die Einnahmen der
1672 Citymaut müssen zur Verbesserung und Verbilligung des ÖPNV
1673 verwendet werden, so dass den Autofahrern, die bereit sind, für die Fahrt
1674 in die Innenstadt auf ihr Auto zu verzichten, eine attraktive und
1675 preiswerte Alternative zur Verfügung steht.

1676 **Investitionen in die Zukunft**

1677 Für Zukunftsfähigkeit brauchen wir nicht weitere Einsparungen, sondern
1678 sinnvolle Investitionen. Wer sich etwa heute das Geld spart, um kleine
1679 Risse in der Fahrbahndecke der Straßen zu reparieren, der findet sich
1680 morgen schon ganzen Schlaglochlandschaften gegenüber. Die
1681 Investitionsmittel für Straßenerhaltung müssen auf ein Niveau angehoben
1682 werden, das sicherstellt, dass diese Infrastruktur nicht verkommt. Auch
1683 im öffentlichen Nahverkehr schiebt Berlin einen großen Investitionsbedarf
1684 vor sich her. Der Umstieg auf die ressourcensparenden Verkehrsmittel
1685 des Umweltverbundes spart zwar auf lange Sicht viel Geld, geht aber
1686 nicht ohne unmittelbare Mehrausgaben. Rad- und Fußgängerwege,
1687 Straßenbahnlinien und Busspuren müssen angelegt werden, Fahrzeuge
1688 angeschafft und mehr Mitarbeiter eingestellt werden.
1689 Diese Investitionen nicht zu tätigen bedeutet Sparen am falschen Ende
1690 und kostet letztlich mehr.

1691 **Mobilität für Alle**

1692 Ende 2003 hat der SPD/PDS-Senat das BVG-Sozialticket, das damals
1693 20,40 Euro kostete, gestrichen. Erst nach massiven Protesten sah sich
1694 Rot-Rot gezwungen, das Ticket wieder einzuführen – allerdings zum Preis
1695 von 32 Euro; inzwischen ist der Preis auf 33,50 Euro gestiegen. Das ist
1696 fast das Doppelte der 18 Euro, die im Arbeitslosengeld-II-Regelsatz für
1697 Verkehr vorgesehen sind.

1698 Mobilität ist eine wichtige Voraussetzung für die Teilhabe am sozialen
1699 Leben und sollte allen Menschen in unserer Stadt ermöglicht werden.
1700 Dazu muss die Mobilität für jeden bezahlbar werden. Daher fordern wir
1701 ein Sozialticket, das diesen Namen auch verdient: achtzehn Euro für die
1702 Zonen A, B und C für alle Erwerbslosen, Menschen ohne
1703 existenzsicherndes Einkommen, unter 18jährige, Schülerinnen und
1704 Schüler, Auszubildende, Studierende, Empfängerinnen und Empfänger
1705 von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit.

1706 Zur Mobilität für alle gehört auch, dass Behinderte selbstständig mobil
1707 sein können. Dazu ist eine behindertengerechte Ausstattung aller
1708 Fahrzeuge und Haltestellen genauso erforderlich wie zum Beispiel der
1709 Telebus.

1710 Nicht nur Wucherfahrpreise und Sozialkürzungen nehmen Menschen
1711 heute die Mobilität. U-Bahnhöfe ohne Aufzüge oder Mängel bei der
1712 Beleuchtung rauben vielen die Möglichkeit, den öffentlichen Nahverkehr
1713 uneingeschränkt zu nutzen (ob Rentnerinnen und Rentner, Menschen mit
1714 Kinderwagen oder andere). Frauen sind von den begrenzten Angeboten
1715 der BVG besonders betroffen. Viele Frauen überlegen es sich mehrmals,
1716 ob sie abends mit der BVG unterwegs sein wollen, wenn sie lange auf Bus
1717 oder Bahn warten müssen, häufig Anschlüsse verpassen und über
1718 schlecht ausgeleuchtete Treppen oder Gänge gehen müssen. Deshalb
1719 dürfen die Bahnsteigaufsichten der S-Bahn nicht geschlossen werden und
1720 müssen bei der U-Bahn wieder eingeführt werden. Die Aufspaltung von
1721 S- Bahn und BVG ist verkehrspolitisch gesehen ein Anachronismus. Die
1722 WASG setzt sich dafür ein, dass mittelfristig der Verbund von S-Bahn und
1723 BVG hergestellt wird.

1724 **Schluss mit der ständigen Erhöhung der Fahrpreise**

1725 Durch die ständigen Preiserhöhungen bei BVG und S-Bahn werden immer

1726 mehr Menschen bewegt, auf das Auto umzusteigen. Die Fahrgastzahlen
1727 im ÖPNV sinken. Dieser verhängnisvolle Trend muss umgekehrt werden.
1728 Die Fahrpreise in Berlin dürfen in keinem Fall weiter steigen. Im
1729 Gegenteil: Sie sollten aus ökologischen und sozialen Gründen wieder
1730 gesenkt werden. Auch sollte geprüft werden, ob unter bestimmten
1731 Bedingungen ein Nulltarif im ÖPNV für Berlin nicht volkswirtschaftlich
1732 günstiger sein kann.

1733 **Kein überdimensioniertes Luftdrehkreuz**

1734 Die WASG ist für die Schließung der innerstädtischen Flughäfen Tegel und
1735 Tempelhof. Diese stellen für viele Berlinerinnen und Berliner eine
1736 unzumutbare Lärmbelastung und eine ernstzunehmende Unfallgefahr dar.
1737 Um den gesamten Berliner Flugverkehr aufzunehmen, sollte der
1738 Flughafen Schönefeld optimiert und modernisiert werden – allerdings nur
1739 entsprechend dem wirklichen Bedarf und so kostengünstig wie möglich.
1740 Die jetzige Ausbauplanung, die auf Wachstumsprognosen, die kurz nach
1741 der Wiedervereinigung gemacht wurden, basiert und die sich bereits jetzt
1742 als unrealistisch erwiesen hat, lehnt die WASG jedoch entschieden ab.
1743 Der Boom der Billigflieger wird nicht nachhaltig sein und ist auch aus
1744 ökologischen Gründen abzulehnen. Berlin wird nicht zum europäischen
1745 Luftdrehkreuz werden.

1746 Ein Ausbau über den eigenen Bedarf hinaus macht daher keinen Sinn.
1747 Der Ausbau des Flugverkehrs ist langfristig gesehen ein ökonomischer
1748 und ökologischer Irrweg. Rund 30 Prozent der Berliner Fluggäste sind Teil
1749 des innerdeutschen Flugverkehrs. Im Fall eines gut ausgebauten, zu
1750 günstigen Preisen angebotenen Schienenfernverkehrs könnte ein großer
1751 Teil des gegenwärtigen Flugverkehrs auf die Schiene verlagert werden.
1752 Damit würde nicht nur Berlin vom Flugverkehr entlastet, sondern auch
1753 die Schiene gestärkt werden.

1754 **Bauen und Wohnen**

1755 In Berlin leben 3,4 Millionen Menschen, die davon meisten in
1756 Mietwohnungen. Das Wohnen zur Miete ist ein Kompromiss zwischen den
1757 begrenzten finanziellen Möglichkeiten der meisten Berliner und der
1758 Marktregulierung der Wohnungsversorgung. Die rechtliche Ausgestaltung
1759 des Mietverhältnisses ermöglicht dem vertragstreuen, dass heißt vor
1760 allem zahlungsfähigen Mieter eine sichere langfristige Perspektive auch
1761 ohne Eigentumsrechte. Der Kampf um die Höhe der Miete und die
1762 Qualität der angebotenen Wohnungen ist daher die zentrale
1763 Auseinandersetzung um die Gestaltung und Nutzung des Stadtraumes.
1764 Von den 1,88 Millionen Wohnungen der Stadt entfallen nur etwa 150.000
1765 auf selbstgenutzte Eigentumswohnungen. Dagegen werden im
1766 Mietspiegel mit 1,19 Millionen Wohnungen 63 Prozent des
1767 Wohnungsmarktes abgebildet. In den letzten zehn Jahren ist die Zahl der
1768 Wohnungen in Berlin um fast 100.000 gestiegen, während die
1769 Bevölkerungszahl leicht zurückgegangen ist. Damit hätte sich das
1770 Wohnungsproblem entschärfen müssen. Tatsächlich haben sich aber die
1771 Probleme mit der Miete aber nicht verringert, im Gegenteil. Trotz der
1772 konstanten Nachfrage sind die Mieten auch im Altbau gestiegen.
1773 Die Mehrzahl der Berliner Wohnungen wurde vor 1918 (etwa 405 000)
1774 oder zwischen 1919 und 1955 errichtet (293 000). Vor allem diese
1775 Bestände mit ihren lange Zeit deutlich niedrigeren Mieten waren für die
1776 soziale Balance am Wohnungsmarkt entscheidend, obwohl sie seit Anfang

1777 der neunziger Jahre keiner generellen Mietpreisbindung mehr
1778 unterliegen. Dagegen war der soziale Wohnungsbau Westberlins für die
1779 Mieter zu keinem Zeitpunkt ein besonders preiswertes Marktsegment. Zur
1780 Regulierung des Wohnungsmarktes entscheidender waren und sind die
1781 großen öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften, die im Verlaufe der
1782 letzten 100 Jahre mit staatlicher Förderung als Antwort auf das Versagen
1783 des Marktes bei der Versorgung der Bevölkerung mit preiswerten Mieten
1784 entstanden waren. Mitte der neunziger Jahre befanden sich noch über
1785 400.000 Wohnungen im Bestand dieser Gesellschaften. Heute streitet der
1786 Senat darum, wie sehr die Zahl von 280.000 Wohnungen im öffentlichen
1787 Eigentum schon unterschritten wurde.

1788 **Zerschlagung der Kommunalen Wohnungswirtschaft** 1789 **stoppen**

1790 Bereits die große Koalition der neunziger Jahre hatte den kommunalen
1791 Wohnungsbaugesellschaften mit Sonderdividenden, der Verpflichtung
1792 zum Kauf landeseigener Grundstücke und den so genannten „In-sich-
1793 Geschäften“ massiv Mittel entzogen. Dass dabei nur aus der rechten
1794 Hosentasche – den kommunalen Gesellschaften – Geld in die linke
1795 Hosentasche – den Landeshaushalt – gesteckt wurde, störte nicht,
1796 solange der Schein des Ertrags gewahrt wurde. Im Ergebnis mussten sich
1797 die Gesellschaften verschulden, obwohl sie an der allgemeinen
1798 Mietsteigerung teilnahmen. Seit Ende der neunziger Jahre wurde dann
1799 die politisch herbeigeführte Verschuldung ein zentrales Argument für den
1800 Verkauf der öffentlichen Wohnungsbestände. So bei der GSW – und jetzt
1801 wieder im Falle der WBM.

1802 Immer mehr Berliner Wohnungen stehen damit für unterschiedliche
1803 Verwertungsstrategien offen, die alle auf die Steigerung der Renditen der
1804 Immobilienanleger setzen, während notwendige
1805 Infrastrukturinvestitionen und Instandhaltungen reduziert werden. Die
1806 Polarisierung in arme und reiche Viertel mit ihren negativen Folgen für
1807 die soziale Entwicklung schreitet voran.

1808 Die Berliner WASG fordert deshalb den Erhalt und Ausbau der
1809 öffentlichen Wohnungsbestände. Dazu gehört nicht nur eine Sicherung
1810 der Gesellschaften, sondern auch eine Sicherung der notwendigen
1811 Investitionen. Auch der genossenschaftliche Sektor ist gegen die
1812 betriebswirtschaftliche Ausrichtung zu unterstützen.

1813 Die Fehlinvestitionen der WBM in gewerbliche Prestigeprojekte (Haus des
1814 Lehrers, Rathauspassagen) zeigen, dass die landeseigenen
1815 Wohnungsbaugesellschaften wieder ihren satzungsgemäßen Aufgaben,
1816 für breite Schichten der Bevölkerung bezahlbaren Wohnraum zur
1817 Verfügung zu stellen, nachkommen müssen. Es ist Aufgabe des Senats,
1818 dies zu gewährleisten.

1819 **Mietspiegel : Gegen Interessenpolitik zugunsten der** 1820 **Vermieter**

1821 Jenseits der kommunalen Bestände hat die Berliner Politik nur einen
1822 indirekten Einfluss auf das Mietniveau. Dieser Einfluss wurde aber in den
1823 letzten Jahren genutzt, um den Wünschen der Vermieter nachzukommen.

1824 Als erster Berliner Senat hat die SPD/PDS-Koalition den Mietspiegel, der
1825 bei Abschluss von Mietverträgen über die Miethöhe entscheidet, gegen
1826 die Stimmen der Mieterorganisationen verabschiedet. Die Verbände der
1827 Vermieter stimmten dagegen zu. Die Mieten einzelner, besonders teurer

1828 Wohnungen, die früher bei der Ermittlung der ortsüblichen Miete
1829 ausgesiebt wurden, fließen nun in die Berechnung ein. Der Erpressung
1830 der Mieter wurde damit eine neue Tür geöffnet.
1831 Die WASG Berlin fordert, zur alten Berechnungsgrundlage bei der
1832 Bestimmung des Mietspiegels zurückzukehren. Nur im hochpreisigen
1833 Neubausegment ist in den letzten Jahren ein leichter Rückgang der
1834 Mieten festzustellen. Da zugleich die Realeinkommen gesunken sind,
1835 muss ein immer größerer Teil des Einkommens für die Miete aufgewendet
1836 werden. Verschärft wird die Situation durch die beträchtliche Erhöhung
1837 der Betriebskosten.

1838 **Obdachlose schützen - Obdachlosigkeit bekämpfen**

1839 Trotz der Überkapazitäten auf dem Berliner Wohnungsmarkt gehören
1840 Obdachlose scheinbar selbstverständlich zum Berliner Straßenbild. Eine
1841 weitgehende Lösung dieses Problems wäre mit den Mitteln des
1842 öffentlichen Wohnungssektors möglich. In jedem Fall brauchen
1843 Obdachlose Schutz und eine zugängliche und hinreichende medizinische
1844 Versorgung und soziale Unterstützung.

1845 **Parzellen statt Großprojekte**

1846 Momentan fehlt in Berlin der politische Wille, durch bezirkliches
1847 Engagement eine kreative soziale Mischung in städtischen
1848 Neubaugebieten zu gestalten. Stadtbrachen werden an
1849 Immobilienspekulanten verscherbelt, wie etwa der Ostgüterbahnhof an
1850 den US-Multimilliardär Philip Anschutz und dem Hochpreissegment
1851 überlassen. Als Alternative zu den daraus entstehenden sterilen
1852 Baukomplexen schlagen wir eine kleinteilige Entwicklung von
1853 Stadtbrachen durch das Prinzip der Parzellenplanung vor, ähnlich wie sie
1854 in der Gründerzeit stattfand. Dabei bleiben die Grundstücke in
1855 bezirklichem Besitz und werden an die jeweiligen Nutzer in Erbpacht
1856 vergeben. Architekturwettbewerbe ermitteln die städtebauliche Struktur
1857 und die Einteilung der Baufelder. Auf solchen Parzellen können dann
1858 unterschiedliche Träger Projekte ansiedeln. Derart überschaubare
1859 Projekte dürften sich auch schneller und besser rentieren als niemals
1860 auszufüllende Groß- und Prestigeobjekte. Als Beispiel dafür sehen wir das
1861 Gelände am Kunsthaus Tacheles. Hier fordern wir die Rückübertragung
1862 des Grundstücks an das Land und eine modellhafte Parzellenplanung.

1863 **Mehr Partizipation in der Stadtentwicklung**

1864 Wir wenden uns gegen die Praxis der Beauftragung einiger ausgesuchter
1865 Architekturbüros zu Wettbewerben und fordern die Einbeziehung vieler in
1866 die städtebaulichen Lösungsfindungen. Dazu sollen
1867 Architekturwettbewerbe grundsätzlich offen angelegt und die Teilnahme
1868 für Studierende möglich sein. Architekturwettbewerbe sollen
1869 grundsätzlich öffentlich entschieden werden. Wir werden uns auch dafür
1870 einsetzen, dass über die jetzige Form der Bürgerbeteiligung hinaus
1871 Instrumente geschaffen werden, die einen realen Einfluss auf kommunale
1872 Entscheidungen gewährleisten. So sollen die Rechte der Bürgerinnen und
1873 Bürger bei Flächennutzungs- und Bebauungsplänen sowie
1874 Veräußerungsvorhaben öffentlicher Liegenschaften gestärkt werden.

1875 **Lebensräume statt Konzernkathedralen**

1876 Wir lehnen die zunehmende Überschreitung der „Berliner Traufhöhe“ bei

1877 Neubauvorhaben ab. Einige geplante Entwicklungsgebiete weisen auch
1878 Hochhäuser als zweifelhafte Identifikationspunkte auf. Wir fordern, diesen
1879 Wildwuchs zu stoppen, da Erfahrungen aus anderen bundesdeutschen
1880 Städten die sozialschädliche Preissteigerungslawine durch Hochhausbau
1881 bestätigen. Wir wollen soziale Identifikation der Menschen mit ihrem Kiez
1882 und Freiräumen anstatt exponierte Konzernkathedralen. Wir setzen uns
1883 ein für einen Planungsstopp für weitere Großmärkte und Einkaufszentren,
1884 weil sie die Einzelhandelsstruktur noch weiter zerstören.

1885 **Leerstand bekämpfen**

1886 Wir kritisieren die Vernichtung von Gebäuden aus der Zeit der DDR im
1887 Zuge des Programms „Stadtumbau Ost“, weil mit deren Abriss oft
1888 nutzbare Ressourcen und geschichtliche Zeugnisse vernichtet werden.
1889 Wenn öffentliches Interesse an einer Alternative zu einem Abriss besteht,
1890 sollte dies stets den Vorzug haben. Leer stehende landeseigene Gebäude
1891 sollten gemeinnützigen Organisationen und Vereinen zu günstigen
1892 Bedingungen überlassen werden.
1893 Zudem wollen wir die Möglichkeit einer Erhebung einer Leerstandsabgabe
1894 auch auf einzelne Wohnungen und innerstädtische Gewerbeeinheiten
1895 prüfen.

1896 **Kein Berliner Stadtschloss**

1897 Die WASG Berlin sieht in dem Abriss des Palastes der Republik einen
1898 großen Fehler, den der Berliner Senat durch unnötige Eile bei der
1899 Ausführung umgesetzt hat. Der Palast hätte noch viele Jahre weiter
1900 genutzt werden können. Wir wenden uns gegen den Nachbau des
1901 Stadtschlusses nicht nur wegen der verfehlten Symbolik und den
1902 horrenden Kosten, sondern weil der Baukörper den Schlossplatz als
1903 Freiraum vernichtet. Eine Neubebauung sollte eine Platzsituation
1904 erzeugen ähnlich wie der Palast der Republik es tat.

1905 **Weg mit „Kollhoff-Plan“ und „Planwerk Innenstadt“**

1906 Als bedrohlich sehen wir die bestehende Hochhausplanung für den
1907 Alexanderplatz an. Die nunmehr 13 Jahre alte Planung, den gesamten
1908 Bestand rund um den Alex abzureißen und durch eine Hochhausgruppe
1909 zu ersetzen, ist weder zeitgemäß noch am Bedarf orientiert. Die WASG
1910 steht für einen verantwortungsvollen Umgang mit Ressourcen und für
1911 Investitionen in den Bestand. Wir wollen keine Nachahmung der
1912 baulichen Enge Berlins aus der Zeit vor seiner Zerstörung, wie es das
1913 „Planwerk Innenstadt“ vorsieht. Diese Bauleitplanung aus Zeiten der
1914 großen Koalition sieht die Schließung fast jeder verfügbaren Freifläche
1915 mit Baublocks vor. Innerstädtische Freiräume sollten behutsam
1916 entwickelt werden.

1917 **Haushalt und Finanzen**

1918 Die Berliner WASG lehnt - im klaren Gegensatz zu allen im
1919 Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien - die Konsolidierung des
1920 Haushalts als oberstes Politikziel ab. Wichtigstes Ziel linker und
1921 emanzipatorischer Politik war und ist es immer, die soziale Lage der
1922 Menschen, insbesondere der sozial Benachteiligten, Jugendlichen,
1923 lohnabhängig Beschäftigten und Migranten zu verbessern. Dazu
1924 bekennen wir uns uneingeschränkt.
1925 Berlin befindet sich unstrittig in einer Haushaltsnotlage und bedarf der

1926 Hilfe des Bundes. Die Klage des Landes Berlin beim
 1927 Bundesverfassungsgericht war überfällig und richtig. Im Gegensatz zum
 1928 Senat und zur Opposition ist die WASG der festen Überzeugung, dass die
 1929 geforderten 35 Milliarden Euro nicht ausreichen werden, um mittelfristig
 1930 die Neuverschuldung auf Null zu drücken. Nach unseren Berechnungen
 1931 benötigt Berlin mindestens 50 bis 55 Milliarden Euro. Der Senat
 1932 suggeriert den Berlinerinnen und Berlinern hingegen, dass es in einer
 1933 nicht allzu fernen Zukunft einen lichten Sonnenaufgang nach dem
 1934 Durchwandern des dunklen Tales gäbe. Das Gegenteil ist richtig.
 1935 Voraussetzung einer erfolgreichen Klage sind unstrittig auch
 1936 Eigenanstrengungen des Landes. Die Behauptung des Senats, dass es
 1937 deshalb keine Alternative zur Privatisierung der Daseinsvorsorge,
 1938 Lohnsenkungen im öffentlichen Dienst sowie zu massiven Sozial- und
 1939 Bildungskürzungen gäbe, ist juristisch jedoch nicht haltbar. Berlin ist als
 1940 Bundesland in seiner Haushaltswirtschaft selbständig und zugleich nicht
 1941 insolvenzfähig. Hierin liegt das wesentliche Widerstandspotential eines
 1942 Bundeslandes im Unterschied zu einer Kommune, die der
 1943 Kommunalaufsicht unterliegt. Alle Schulden Berlins landen letztlich beim
 1944 Bund. Dies ist auch der Grund, warum die neoliberalen wissenschaftlichen
 1945 Berater der Bundesregierung die Insolvenzfähigkeit für Bundesländer
 1946 beziehungsweise ein Verbot der Neuverschuldung fordern.
 1947 Dann könnte die bisherige Politik der Regierungen Kohl und Schröder und
 1948 die gegenwärtige der Regierung Merkel, nämlich die fiskalische
 1949 Erdrosselung der Länder und Kommunen, gefahrlos fortgesetzt werden.
 1950 Den Berliner Schulden stehen zugleich die größten privaten Vermögen
 1951 entgegen, die es in der Bundesrepublik jemals gab. Eine linke
 1952 Haushaltspolitik in Berlin darf die ungerechte und ökonomisch unsinnige
 1953 Verteilungspolitik nicht einfach exekutieren. Jedes Haushaltsloch, das der
 1954 Senat heute durch Sozialkürzungen oder Privatisierungen schließt, öffnet
 1955 sich morgen durch weitere Steuersenkungen der neoliberalen
 1956 Bundespolitik neu. Für das Jahr 2007 plant die Bundesregierung eine
 1957 Unternehmensteuerreform, die realistisch zu weiteren massiven
 1958 Entlastungen des Kapitals führen wird. Momentan sind ungefähr 20
 1959 Milliarden Euro im Gespräch. In der Logik des Senats müssten die daraus
 1960 resultierenden Einnahmeausfälle für das Land Berlin sofort durch weitere
 1961 Privatisierungen oder Sozialkürzungen gedeckt werden.
 1962 Damit wird die bestehende neoliberale Hegemonie nicht in Frage gestellt,
 1963 sondern im gestärkt. Linke Politik in den Ländern und Kommunen darf sich
 1964 nicht zum Erfüllungsgehilfen neoliberaler Umverteilung auf Bundesebene
 1965 machen, sondern muss klare Grenzen und rote Linien benennen.

1966 **Ursachen der Haushaltsnotlage**

1967 Die Pleite Berlins hat mehrere Gründe. Misswirtschaft, Filz, Korruption
 1968 und die Kosten des Bankenskandals sollten bei der Ursachenfindung
 1969 keineswegs vernachlässigt werden, sind aber nicht der Hauptgrund für
 1970 die Explosion der Landesschulden von neun Milliarden Euro im Jahr 1991
 1971 auf über 61 Milliarden Euro in diesem Jahr. Beide Stadthälften wurden bis
 1972 zur Wende als „Schaufenster der Systeme“ stark subventioniert. In
 1973 Westteil kamen über 50 Prozent des Haushaltsvolumens direkt aus Bonn,
 1974 die Steuersubventionen für Unternehmen und Arbeitnehmer beliefen sich
 1975 1989 auf bis zu fünf Milliarden Euro. Nach der Einheit sanken die
 1976 Haushaltshilfen von 1990 bis 1994 pro Kopf von 3.147 Euro auf 815
 1977 Euro. Diesen Mindereinnahmen von 2.332 Euro standen nur geringe

1978 Steuermehreinnahmen von 945 Euro entgegen. Die Einbeziehung Berlins
1979 in den Länderfinanzausgleich 1995 änderte daran nichts.
1980 Im Gegenteil: Berlin verlor noch einmal 500 Millionen Euro, fünf Prozent
1981 seiner Einnahmen. Die direkt nach der Einheit in beiden Stadthälften
1982 massiv einsetzende (und durch den Subventionsabbau verstärkte)
1983 Deindustrialisierung und Abwanderung verstärkte die Einnahmeprobleme
1984 und ließ die Arbeitslosigkeit explodieren. Neben den reduzierten
1985 Bundeshilfen wirken bis heute der im Vergleich mit den Stadtstaaten
1986 höhere Personalstand im öffentlichen Dienst und den ehemaligen
1987 Eigenbetrieben sowie die Belastungen aus der Wohnungsbauförderung
1988 nach. Alle diese Belastungen waren im Kalten Krieg mit Billigung des
1989 Bundes eingegangen worden. Diese Kosten liegen deshalb in
1990 Verantwortung des Bundes und nicht Berlins. Hinzu kommen die
1991 hauptstadtbedingten Sonderlasten, die bisher nur ungenügend vom Bund
1992 übernommen wurden.

1993 **Kürzungspolitik gefährdet Zukunftsfähigkeit Berlins**

1994 Schon direkt nach der Wende setzte eine historisch einmalige
1995 Deindustrialisierung ein. Mit dem Beginn der Kürzungspolitik 1996
1996 verschärfte sich dieser Abwärtstrend massiv. Von 1996 bis 2004 stieg das
1997 Bruttoinlandsprodukt (BIP) inklusive Inflation in Berlin um 2,1 Prozent.
1998 Bundesweit waren es 18,7 Prozent. Der Anteil Berlins am bundesweiten
1999 BIP reduzierte sich in diesem Zeitraum von 4,2 auf 3,6 Prozent. Wir
2000 haben es demnach seit gut zehn Jahren mit einer schrumpfenden
2001 Ökonomie zu tun. In der deutschen Wirtschaftsgeschichte gibt es keinen
2002 vergleichbaren Fall. Die Konsolidierungspolitik hat daran einen
2003 bedeutenden Anteil.
2004 Insbesondere die Kürzungen im Investitionsbereich (Halbierung seit Mitte
2005 der 1990er Jahre) verstetigten diese Abwärtsspirale. Vergleicht man die
2006 wirtschaftsstarke Regionen (München, Stuttgart, Frankfurt, Köln,
2007 Hamburg) mit Berlin verglichen, wird die Abkopplung der depressiven
2008 Regionalökonomie Berlins von der allgemeinen Wachstumsentwicklung
2009 noch deutlicher. Die sozialen Folgen der Kürzungen können im
2010 Sozialstrukturatlas nachgelesen werden. Ein klarer Kurswechsel in der
2011 Haushaltspolitik ist daher unumgänglich, um die ökonomische und soziale
2012 Zukunftsfähigkeit der Stadt zu sichern.

2013 **Die Gewerbesteuer muss erhöht werden**

2014 Aber auch dort, wo die eigenen Einnahmen problemlos erhöht werden
2015 könnten, weigert sich der Senat zu handeln, so bei der Gewerbesteuer.
2016 Die WASG fordert die Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes von
2017 derzeit 410 auf 450 Prozent (Potsdamer Niveau). Da die
2018 Gewerbesteuererhöhung nicht im Länderfinanzausgleich verrechnet wird,
2019 verbleiben über 70 Millionen Euro in der Landeskasse. Damit könnten
2020 problemlos die Kürzungen beim Blindengeld sowie die Erhöhung der Kita
2021 -Gebühren und der Eintrittspreise bei den Bädern zurückgenommen, die
2022 Lehrmittelfreiheit wiederhergestellt, die Symphoniker weiter finanziert und
2023 ein Sozialticket für 18 Euro eingeführt werden. Und es blieben immer
2024 noch viele Millionen Euro übrig. Bei einer solch moderaten Erhöhung ist
2025 weder mit Insolvenzen noch mit Verlagerungen zu rechnen. Auch bei
2026 internationalen Direktinvestitionen hätte dies keine Auswirkungen, da
2027 Berlin hier mit Hamburg, Frankfurt am Main oder München um
2028 Ansiedlungen konkurriert, die allesamt höhere Hebesätze haben.

2029 **Klage des Senats ist unzureichend und defensiv**

2030 Die 35 Milliarden Euro, die Berlin vom Bund als Schuldentilgungsbeihilfe
2031 erhalten möchte, hat der Senat nie aus der spezifischen Berliner Situation
2032 berechnet, sondern orientieren sich an den Hilfen, die Bremen und das
2033 Saarland erhielten und am Vergleich von abstrakten Finanzkennzahlen
2034 mit anderen Bundesländern.

2035 Der Senat ignoriert damit, dass das Bundesverfassungsgericht keinesfalls
2036 für alle Haushaltsnotlagenländer verbindliche Kriterien definiert, sondern
2037 allenfalls Orientierungspunkte setzt. Damit werden die teilungsbedingten,
2038 einigungsbedingten und hauptstadtbedingten Sonderlasten Berlins nicht
2039 angemessen berücksichtigt. Zentraler Maßstab des
2040 Bundesverfassungsgerichts bei den Urteilen zu Saarland und Berlin zur
2041 Berechnung der Höhe der Bundeshilfe ist das Verhältnis von Zinsen zu
2042 Steuereinnahmen (Zins-Steuerquote). Doch die zinsähnlichen Ausgaben
2043 wie Wohnungsbauförderung, Pensionszahlungen, Personalkosten oder die
2044 Zuwendungen für die ehemaligen Eigenbetriebe wie BVG und BSR werden
2045 so nicht berücksichtigt. Nach dem Kriterium der Zins-Steuerquote führen
2046 Privatisierungen wie der GSW-Verkauf nur zu einer Reduzierung der
2047 Bundeshilfen. Das freut allein die Finanzinvestoren und die neoliberalen
2048 Finanzpolitiker der Bundesregierung. Da bei diesen Privatisierungen der
2049 letzten Jahre zugleich Einnahmen entfallen, sind sie ein doppeltes
2050 Verlustgeschäft.

2051 Vor allem aber macht der Senat nicht die ökonomische Abwärtsspirale
2052 der Stadt zum Ausgangspunkt der Argumentation. Das überrascht nicht,
2053 hatte doch Finanzsenator Sarrazin (SPD) immer betont, dass das
2054 Wirtschaftswachstum im System des Länderfinanzausgleichs kaum
2055 Auswirkungen auf die Einnahmeseite habe und ihn deshalb nicht
2056 sonderlich interessiere.

2057 Die Zeche dieser reinen Haushaltsbetrachtung zahlen die Arbeitslosen,
2058 Armen und Alle, die vom ökonomischen Niedergang Berlins betroffen
2059 sind.

2060 Wäre die Berliner Wirtschaft seit 1991 genauso stark gewachsen wie der
2061 Bundesdurchschnitt, verblieben der Stadt nach Verrechnung im
2062 Länderfinanzausgleich ca. 200 Millionen Euro mehr in der Kasse. Dabei
2063 sind die dann geringeren Sozialkosten noch gar nicht mitgerechnet. Es ist
2064 also grundfalsch, zu behaupten, Berlin habe kein Einnahmeproblem.
2065 Hätte die Stadt die Wirtschaftskraft Hamburgs, wären nach
2066 Finanzausgleich über 2,5 Milliarden Euro mehr in der Kasse. Doch anstatt
2067 aufzuholen wird der Abstand von Jahr zu Jahr größer.

2068 Berlin sagt in der Karlsruher Klage ohne Not zu, jeden erhaltenen Euro in
2069 die Entschuldung zu stecken. Die Spezifik der Berliner Krise wird so auf
2070 ein reines Ausgabeproblem reduziert.

2071 Dagegen argumentierten die Haushaltsnotlagenländer Saarland und
2072 Bremen in ihrer Klagebegründung nicht nur stark wirtschafts- und
2073 strukturpolitisch, sondern nutzten später auch einen Teil der durch die
2074 Teilentschuldung erreichten Zinsersparnis zur notwendigen Stärkung der
2075 eigenen Wirtschaftskraft. Bremen erhöhte zwischen 1996 und 2004 seine
2076 Ausgaben deutlich, um ein Investitionssonderprogramm zu finanzieren.
2077 Das Saarland nutzte 30 Prozent der Zinsersparnis von 1994 bis 2004 für
2078 Investitionen. Beide Länder haben in der letzten Dekade weder ähnliche
2079 Einschnitte in der Bildung, im Sozialbereich noch bei den Investitionen
2080 oder den Personalkosten vorgenommen wie SPD und Linkspartei.PDS in
2081 Berlin. Sie scheuen sich zudem nicht, auf Fortführung der Hilfen zu

2082 klagen. Das Saarland kritisiert in seiner aktuellen Klage zu Recht ein
2083 Unterlassen des Bundes, geeignete Maßnahmen ergriffen zu haben, die
2084 die strukturelle Schieflage des Saarlandes (wie auch anderer
2085 finanzschwacher Länder) verbessert hätten.
2086 Das Saarland und Bremen weigerten sich in den letzten zehn Jahren
2087 erfolgreich, eine Unterfinanzierung ihrer Länder einfach zu exekutieren.
2088 Es wäre die Aufgabe des Senats gewesen, den Kampf um eine
2089 angemessene Finanzierung Berlins mit der Bundesregierung politisch wie
2090 juristisch offensiv und selbstbewusst anzugehen. So hätte die Klage
2091 Berlins darauf abzielen müssen, dass die fortwirkenden teilungsbedingten
2092 Sonderlasten in Form von zinsähnlichen Ausgaben in einen
2093 Erblastentilgungsfonds des Bundes überführt werden.

2094 **Sanierungskurs wird scheitern**

2095 Jenseits der sozialen und ökonomischen Kosten der
2096 Haushaltskonsolidierung ist es sehr unwahrscheinlich, dass dieser Kurs –
2097 ohne Politikwechsel und einer grundlegend anderen Steuer- und
2098 Wachstumspolitik auf Bundesebene – erfolgreich sein kann. Im
2099 ausgesprochen unwahrscheinlichen Fall einer zu 100 Prozent
2100 erfolgreichen Klage bekäme Berlin im Jahr 2006 eine
2101 Schuldentilgungshilfe von 35 Milliarden Euro zugesprochen. Trotzdem
2102 verbliebe im Jahr 2007 ein Defizit von 1,4 Milliarden Euro. Zugleich
2103 sinken die jährlichen Bundeszuschüsse für Berlin aus dem Solidarpakt II
2104 bis 2020 von zwei Milliarden Euro auf Null. Der Abbau von Zuschüssen für
2105 von Berlin ko-finanzierte Projekte beträgt mindestens weitere 300
2106 Millionen Euro. Da sowohl für das Defizit von 1,4 Milliarden Euro als auch
2107 für die wegfallenden Gelder des Solidarpakt II neue Kredite
2108 aufgenommen werden müssen, steigt die Zinsbelastung aufgrund des
2109 Zinseszins-effektes bis 2019 noch deutlicher an. Auch kann in den
2110 nächsten Jahren nicht mit einem so niedrigen Zinsniveau gerechnet
2111 werden. Nach Berechnungen der Finanzverwaltung hätte eine Erhöhung
2112 der durchschnittlichen Verzinsung um ein halbes Prozent bei einer
2113 Ausgangsschuldung von 2,54 Milliarden Euro im Jahr 2015 eine
2114 jährliche Mehrbelastung von 400 Millionen Euro zur Folge. Bei zwei
2115 Prozent wären es 1,6 Milliarden.
2116 Euro. Auch die unerwarteten Mehreinnahmen aufgrund der anteiligen
2117 Übernahme der Mietkosten bei Hartz IV durch den Bund und aufgrund
2118 der Mehrwertsteuererhöhung ändern daran prinzipiell nichts.
2119 Ab 2010 müsste Berlin – wie mit den Gewerkschaften des öffentlichen
2120 Dienstes vereinbart – die reduzierten Gehälter auf das ursprüngliche
2121 Niveau anheben. Mittlerweile listet der Finanzsenator die durch den
2122 Anwendungstarifvertrag jährlich eingesparten 250 Mio. Euro jedoch
2123 absprachewidrig als langfristigen Konsolidierungserfolg auf.
2124 Nicht in der Finanzplanung berücksichtigt sind zudem die beträchtlichen
2125 Schulden und Risiken der Wohnungsbaugesellschaften, der BVG, der
2126 Bankgesellschaft, von Vivantes sowie der Charité. Da der Senat nicht
2127 bereit ist, die Schulden aus Haushaltsmitteln zu decken, stehen hier
2128 zwangsläufig weitere Verkäufe an. Durch die veraltete kameralistische
2129 Form der Haushaltsbuchung bleibt zudem der Investitionsstau bei
2130 Straßen und Gebäuden völlig unberücksichtigt. Hätte Berlin bereits das
2131 neue System der Doppik eingeführt, würde sichtbar, dass das
2132 Anlagevermögen dramatisch schrumpft, da die Abschreibungen die
2133 Investitionen weit übersteigen. Mit dieser vorsätzlichen

2134 Desinvestitionspolitik bereitet der Senat die nächsten Privatisierungswelle
2135 vor: Damit die eine Schule saniert werden können, so wird dann der
2136 Senat argumentieren, müsse halt die andere Schule verkauft und
2137 zurückgeleaset werden.

2138 Von 2005 bis 2009 erwartet der Senat höhere Einnahmen von ca. 1,5
2139 Milliarden Euro. Dies entspricht einer jährlichen Steigerung von 2,3
2140 Prozent. Da ein Prozent mehr Wachstum ein Prozent mehr
2141 Steuereinnahmen ergibt, müsste das nominale BIP in Deutschland jedes
2142 Jahr um 2,3 Prozent wachsen. In den Jahren 2001 bis 2004 waren es
2143 etwa nur 1,6 Prozent. Diese Steuerschätzung ist wiederum Grundlage für
2144 die Annahme, dass der Primärüberschuss bis 2009 auf 600 Millionen Euro
2145 steigen kann. Dabei muss berücksichtigt werden, dass alle
2146 Steuerschätzungen Berlins der letzten drei Finanzplanungen komplett
2147 danebenlagen. So liegen die realen Einnahmen Berlins im Jahr 2004 um
2148 2,24 Milliarden Euro unter der Schätzung.

2149 Bezogen auf die realen Einnahmen beträgt die Abweichung fast 20
2150 Prozent. Verantwortlich hierfür ist insbesondere die Steuerreform der
2151 vormaligen rot-grünen Bundesregierung. Es darf vermutet werden, dass
2152 die geplante Unternehmensteuerreform der Bundesregierung zu weiteren
2153 Steuerausfällen führen wird.

2154 **Kürzungen und Privatisierungen werden fortgesetzt**

2155 Im Jahr 2008 sollen die Ausgaben ohne Zinszahlungen nach dem Willen
2156 des Senats um 2,2 Prozent unter Hamburger Niveau liegen. Die
2157 Investitionen werden das Niveau der Hansestadt um 24, die
2158 Personalausgaben um acht und die Einnahmen (ohne
2159 Privatisierungserlöse) um fünf Prozent unterschreiten. Der Senat
2160 konstatiert in der mittelfristigen Finanzplanung zwar, dass es
2161 Untergrenzen der Senkung der Ausgaben gäbe, misst diese aber nur an
2162 „bundesrechtlich und landesverfassungsrechtlich zwingenden
2163 Ausgabeverpflichtungen“. Diese werden wohlweislich nicht näher
2164 definiert, obwohl etwa im Kinder- und Jugendhilfebereich schon jetzt von
2165 Unterschreitungen dieser Schwelle gesprochen werden kann. Auch
2166 scheint der Senat keinerlei zwingende soziale Indikatoren (beispielsweise
2167 die in Berlin zu konstatierende Zunahme von Hunger und Unterernährung
2168 bei Jugendlichen) zu kennen. Damit wird Berlin auch nach 2008 bei
2169 Fortführung der Senatspolitik das Ausgabenniveau kontinuierlich weiter
2170 absenken. Eines ist sicher: Im Doppelhaushalt 2008/09 wird ohne
2171 Rücksicht auf Verluste – schließlich ist die nächste Wahl ist dann wieder
2172 fern – in der Bildung, im Sozial- und Kulturbereich sowie bei den
2173 Personalkosten gekürzt. Zudem ist davon auszugehen, dass der dann
2174 noch vorhandene öffentliche Wohnungsbestand mindestens halbiert
2175 werden wird.

2176 **Die sozialen Interessen der Berlinerinnen und Berliner in** 2177 **den Mittelpunkt**

2178 Die Konsolidierungspolitik des Senats ist weder sozial, noch ökonomisch
2179 zukunftsfähig. Sie ist bereits gescheitert und wird, sofern fortgesetzt,
2180 Berlin sozial und ökonomisch ruinieren. Eine Politik, die Umverteilung von
2181 unten nach oben auf Bundesebene brav akzeptiert und umsetzt, leistet
2182 keinen Beitrag zum Aufbau gesellschaftlicher Gegenmacht und zur
2183 Veränderung der Kräfteverhältnisse auf Bundesebene. Diese
2184 Veränderungen sind jedoch notwendige Voraussetzung für einen

2185 Regierungswechsel, der zugleich auch Politikwechsel ist. Sollten SPD und
2186 CDU im Bund in den nächsten Jahren abermals die Steuern für die
2187 Konzerne und Reichen senken und damit auch die Einnahmen der Länder
2188 reduzieren, werden alle bisher im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien
2189 dies in Berlin getreu des Primats der Haushaltskonsolidierung mittels
2190 Privatisierung und Sozialabbau exekutieren. Wer keine Grenzen
2191 definieren will, kommt zu einer Regierungspolitik, die alternativlos und
2192 haltlos zugleich ist. Das ist nicht links, das ist nicht sozial – sondern
2193 neoliberale Sachzwanglogik.
2194 Wir sagen dagegen: Nicht die Haushaltskonsolidierung, sondern die
2195 sozialen Interessen der Berlinerinnen und Berliner müssen im Mittelpunkt
2196 der Politik stehen.
2197

Abgeordnetenhaus	3	Geldvermögen in Deutschland	4
Ein-Euro-Jobs	7	Gerechtigkeitsorientierte Kulturpolitik	26
Ablehnungsbescheid	13	Geschlechterdemokratie	30
ABM-Programme	9	Gewerbesteuer muss erhöht werden	40
AIDS	32	Gleichstellungspolitik	32
ALG II	15	Grundschule	8
ALG-II-Bezieher	7	GSW-Verkauf	41
allein erziehende Frauen	31	GSW-Wohnungen	19
Allparteienkoalition	4	Hartz IV	7
Altenpflege	16	Hartz IV muss weg	15
Angemessenheit	13	Hartz-IV-Gesetzgebung	31
Anschutz, Philip	37	Hauptstadt der DDR	6
Anwendungstarifvertrag	12	Haushalt und Finanzen	38
Arbeitslosengeld II	9	Haushaltsnotlage, Ursachen der /	39
Arbeitslosengeld-II-Regelsatz	34	Homophobie	32
Arbeitslosenquote	29	Ideologien, menschenverachtende	27
Arbeitslosenrate	6	Illegale	30
Arbeitsplatzvernichtung	21	Immobilienleerstand	11
Artikel 16 Grundgesetz, das Recht auf Asyl	30	Initiative Bankenskandal	14
Assist e.V.	25	In-sich-Geschäfte	36
auf Türkisch	13	Investitionen in die Zukunft	34
Ausbau des öffentlichen Dienstes	13	Investitionsstau	42
Bachelor- und Masterstudiengänge	25	Jugendliche	10, 17
Bankenskandal und Sparkasse	14	Kandidatur - eigenständige	4
Bankgesellschaft, Komplettverkauf der -	14	Kapitalstock aller Berliner Wirtschaftsbereiche (2002)	11
Bauen und Wohnen	35	Kiez, im K. leben	16
Bedarfsgemeinschaft	13	Kinder-, Jugend- und Sozialarbeit	16
Berliner Bruttoinlandsprodukt	6	Kita	8
Berliner Linie	29	Kita-Kostenbeiträge	22
Berliner Sparkasse	14	Kitas	12
Berliner Stadtschloss	38	Kitas und Schulen in Berlin	22
Berliner Traufhöhe	37	Klinikum-Vorstand	20
Berliner WASG	5	Knake-Werner, Sozialsenatorin	16
Berliner Wasserbetriebe	20	Kollhoff-Plan	38
Besitz einer öffentlichrechtlichen Sparkasse, privater -	15	Kombilohnmodelle	8
Bethanien	27	kommunaler Arbeitgeberverband	3
bewohnbare Innenstadt	33	Körtling (SPD), Innensenator	31
Bewohnbarkeit der Stadt	11	Krankenhausgesellschaft Vivantes	19
Bildung, Integration und Sprachförderung - öffentliches Beschäftigungsprogramm	8	Krankenschwester	11
Bildungsauftrag für alle Kinder	22	Kulturpolitik	25
Busfahrer	11	Kunsthaus Tacheles	37
BVG	12, 21	Kürzungen bei Einzelfall-, Familien- und Mobilitätshilfen	17
BVG-Kostensenkungen als Vorstufe zur Privatisierung	21	Kürzungen und Privatisierungen	43
Cannabis	18	Kürzungspolitik	40
Cannabiserwerb	18	Leerstand	38
Cerberus	19	Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II, mehr als 500.000 Berliner	15
Charité	12, 20	Linkspartei.PDS	3
Charité-Ärzte	20	Lohn- und Gehaltsentwicklung	7
Coffeeshops	17	Lohnraub	21
Deindustrialisierung und Stagnation	6	Lohnverlust	21
Deutsch, unzureichend	22	Luftdrehkreuz	35
Diktatur des Sparzwangs	13	MAE	<i>Siehe</i> Mehraufwandsentschädigung
Drogenpolitik	17	Massenarbeitslosigkeit	7, 10
Eigentumswohnungen, selbstgenutzte	35	Masterstudium	25
Einnahmeausfälle	19	Mehraufwandsentschädigung	7
Erzieher und Lehrerinnen	11	Menschen mit Behinderungen in Berlin	16
Fahrradverkehr	33	Mietspiegel	35, 36
Feuerwehrleute	11	Migration und Asyl	29
Flierl (Linkspartei.PDS), Kultursenator	31	Mindestlohn, gesetzlicher	10
Flughäfen Tegel und Tempelhof	35	Müllmänner	11
Fremden- und Frauenfeindlichkeit	27	Notlagentarifvertrag	3, 19
FU 24		Obdachlose	37
Ganztagsgrundschule	23	ÖPNV	33
Ganztagssschule	8, 23, 26	Opposition im Abgeordnetenhaus, soziale	5
Gasag	19	Parkraumbewirtschaftung	33
Gedenkort für die homosexuellen Verfolgten der NS-Diktatur	32	Partizipation in der Stadtentwicklung	37
		Pflichtstundenzahl	12

PISA	8	Tarifjobs, reguläre (schaffen)	9
Pkw-Verkehrs.....	33	Tarifvertrag im öffentlichen Dienst	12
Planwerk Innenstadt	38	TVÖD <i>Siehe</i> Tarifvertrag im öffentlichen Dienst	
Preiserhöhungen bei BVG und S-Bahn	34	Übernahme der BVG	21
Profite oder Daseinsvorsorge.....	19	Uni-Kliniken.....	20
Public Private Partnership	20	Uni-Kliniken Baden-Württemberg	21
Rassismus und Rechtsextremismus	30	Universitätsklinikum Charité	20
Raubzug privater Konzerne	20	VBSV.....	12
Real Estate Investment Trusts.....	19	Veolia	20
Rechtsextremismus.....	27	ver.di	3, 8
Regierungsverantwortung	5	Verbot der zweiten Stufe des Volksbegehrens	
REITs	19	14
religiösem Fundamentalismus	27	Vereinbarung zur Beschäftigungssicherung.	12
ressourcensparende Verkehrsmittel	34	Vivantes	3, 12, 19
Risikoübernahmegesetz	14	Vorfahrt für die Umwelt	32
RWE.....	20	Vorreiter für Arbeitszeitverlängerung,	
Sarrazin (SPD), Finanzsenator.....	41	Stellenabbau und Lohnkürzungen	3
Sarrazin, Thilo, Finanzsenator	19	Wasserpreise	20
Sicher und solidarisch leben	28	WBM	36
Sonderlasten Berlins	41	Wirtschaftsförderung	7
soziale Auslese.....	23	Wohnungsmonopoly	19
soziale Herkunft	24	Wohnungsproblem	35
Sozialgeld	15	Wohnverhältnisse.....	13
SPD/PDS-Senat	3	Wucherfahrpreise	34
Sprachförderung.....	22	Zerschlagung der Kommunalen	
Stadt des Wissens	8	Wohnungswirtschaft.....	36
Studiengebührenfreiheit	25	Zukunftsinvestitionsprogramm.....	8
Studieren in Berlin	24	Zwangsumzüge.....	3, 15